

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutsch- und Osterr.-Ungarn 3. —. Erheimt tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14. II. Tel. 3405. Extrablätter nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Erschließzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Pettzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berichtsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und müssen voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 93.

Dresden, Dienstag den 23. April 1912.

23. Jahrg.

Parteigenossen!

Nur eine kurze Frist trennt uns noch vom 1. Mai, dem Weltfeiertag der Arbeit. Von den Vertretern des Klassenbewußten Proletariats aller Kulturstaaen wurde im Jahre 1889 zu Paris beschloffen, daß am 1. Mai jedes Jahres in allen Ländern, wo Klassenbewußte Arbeiter wohnen, die gleichen Arbeiterschuttforderungen erhoben und der Achtstundentag gefordert werden sollen. Von Jahr zu Jahr haben sich die Maidemonstrationen wichtiger gestaltet. Sie haben die Herrschenden aufgerüttelt und auf den Weg der Sozialreform gedrängt, die — so unzulänglich sie war — in den letzten Jahren fast völlig zum Stillstand gekommen ist. Ja, man hat den Arbeitern in der Arbeiterversicherung Rechte genommen, die sie jahrzehntelang besessen und zum Wohle der Versicherten ausgeübt haben. Die Witwen und Waisen der Arbeiter hat man verhöhnt durch den Bruch feierlich gegebener Versprechungen.

Die Forderung nach wirklicher Koalitionsfreiheit wurde beantwortet mit der Drohung weiterer Einschränkung bisheriger Rechte.

Immer ernster und nachdrücklicher müssen deshalb unsere Forderungen erhoben werden. Die Bedeutung der Malfest ist im Laufe der Jahre immer größer geworden. Sie hat angefaßt des immer ungestümer und gemeingefährlicher sich entwickelnden Imperialismus sich auch zu einer weltumspannenden Demonstration des Proletariats für den Weltfrieden gestaltet.

Einmütig, wie die Klassenbewußte Arbeiterschaft ihre Schutzforderungen aufstellt, erhebt sie am 1. Mai auch Protest gegen das Wettrüsten, das am Marie der Völker zehrt und den Frieden immer mehr bedroht.

Zu derselben Zeit, in der der Kampf der deutschen Bergarbeiter durch christlich-nationalen Verrat, durch Polizei, Gendarmarie und Soldaten erdrückt worden ist, arbeiteten die verbündeten Regierungen die Vorlagen aus, die vom Reichstag noch mehr Soldaten und Kriegsschiffe fordern.

Nicht allein, daß solche Forderungen das Volk von neuem belasten müssen — mehr bedeuten sie: sie veranlassen unsere Nachbarländer gleichfalls zu weiteren Rüstungen und steigern dadurch die Kriegsgefahr ins Ungemessene.

Deshalb muß gerade in diesem Jahre das deutsche Proletariat am 1. Mai besonders laut und eindrucksvoll seine Stimme erheben gegen den verbrecherischen Rüstungswahnsinn, es muß mit den Arbeitern aller anderen Länder einmütig demonstrieren für den Weltfrieden.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Am 12. Januar d. J. haben 4 1/2 Millionen über 25 Jahre alte Männer für die Sozialdemokratie ihre Stimme abgegeben. Millionen jüngerer Arbeiter und Millionen Arbeiterinnen, die nicht wahlberechtigt sind, haben nicht mitgezählt werden können — am 1. Mai können auch sie ihre Stimmen erheben.

Tut alle eure Pflicht! Die würdigste Form der Malfest ist die Arbeitsruhe. Wo die Möglichkeit derselben nicht gegeben ist, da müssen die Abendversammlungen besucht werden.

Sorgt dafür, daß es vielmillionsstimmig am 1. Mai den herrschenden Klassen in die Ohren gellt:

**Wir fordern den Achtstundentag!
Wir fordern besseren Arbeiterschutz!
Wir fordern uneingeschränktes Koalitionsrecht!
Wir protestieren gegen das Wettrüsten!
Nieder mit den neuen Militär- und Marine-Vorlagen!
Hoch der Sozialismus! Hoch der Weltfriede!**

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berlin, den 22. April 1912.

Die neuen Wehrvorlagen im Reichstage.

Ein Jahr ist erst verfloffen, seit der Reichstag eine Wehrvorlage bewilligte, durch welche das deutsche Heer eine Verstärkung von 11 000 Mann, ungeredet die Offiziere und Unteroffiziere, erfahren hat, und wodurch die deutsche Wehrhaftigkeit auf Jahre hinaus gesichert sein sollte, wie damals der preußische Kriegsminister im Reichstage beteuerte, und nun — nachdem die Reichstagswahlen hinter uns liegen! — soll abermals eine Verstärkung des Heeres und der Marine vorgenommen werden, wie sie in Deutschland seit dem Jahre 1871, seit Bestehen des neuen Deutschen Reiches, nur ein einziges Mal zuvor für nötig erachtet worden ist: Die Friedensstärke des Heeres soll nochmals um 29 000 Mann erhöht werden, so daß mit den bereits bewilligten 11 000 Mann, den notwendigen 3000 Unteroffizieren und den 5600 Marinevolkdaten eine Vermehrung von rund 50 000 Köpfen herauskommt. Dazu kommen ein drittes U-Boot-Regiment, Unterseeboote usw. — rund 190 Millionen Mark soll abermals das deutsche Volk jährlich mehr für Heereszwecke aufwenden, obwohl es unter dem Steuerdruck leidet und die dringendsten Kulturaufgaben leidet. Mit großer Spannung wurden deshalb die Verhandlungen des Reichstages über diese ganz ungewöhnlichen Verstärkungen vom Volke erwartet, das zu der Annahme hätte kommen können, die Regierung müsse ganz außerordentlich gewichtige Gründe dafür haben, daß sie diesen recht bedenklichen Schritt unternimmt — das Reich müsse etwa in Gefahr sein. Aber der erste Verhandlungstag gestern im Reichstage brachte nichts als eine große Enttäuschung; die Regierung hat gar keine anderen Gründe für ihre Vorlage, als die allergeringsten Krieger vereins sprachen!

Der Reichstag hat gestern, wie das bei solchen Gelegenheiten stets der Fall ist, das Bild eines „großen Tages“: das Haus war gut besetzt, die Rednertribünen waren überfüllt, vor allem die Diplomatentribüne, und in den Regierungsbänken saßen sich förmlich die Wäpfe der Regierungsdirektoren, Geheimräte, Kommissare, Offiziere, so viele waren erschienen, um sich an dem Eindruck zu laben, den die Plattbeiden des Reichstanzlers und seiner „Nachgeordneten“ auf das hohe Haus machen werden. Wie unser Genosse Haase in seiner Rede nachher treffend sagte, war es nichts anderes als das alte Ritual, das der Reichstanzler benutzte: dieselbe Rede, die jeder Oberlehrer bei der Sedanfeier hält! Es liegt

keine Gefahr vor, es ist kein Grund vorhanden zur Verunsicherung — trotzdem wäre es gewisslos, keine Heeresvermehrung vorzunehmen, denn sonst wäre die Rüstung ja überhaupt zwecklos. Das sind ja nette Aussichten! Und dreißig und gottesfürchtig erklärte der Reichstanzler, dieser Rüstungswahnsinn entspreche der „Stimmung des Volkes“, das also selbst zu diesen Schritten dränge. Und dann kamen die alten Gemeinplätze: Wahrung unserer Stellung, Sicherung unserer Wohlfahrt, künftiges Heer sichere den Frieden — die Junker wurden ganz warm vor „patriotischer“ Begeisterung, wurden ganz warm dem Reichstanzler versichert, daß er in Rücksicht auf ihre patriotische Steuerliebe keine Erbschaftsteuer vorgeschlagen habe. Er will zwar nicht von den Wegen einer „gesunden Finanzpolitik“ abweichen, versicherte Herr von Bethmann-Hollweg; aber die beste Finanzpolitik ist diejenige, die die besten Finanzergebnisse — eine starke Armee! Und wohl jeder, der die Junker, möglichst wenig beitragen müssen. Deutlich war es aus den Worten des Reichstanzlers herauszuhören, daß die Regierung fürchte, die „patriotischen“ Reservisten und das „patriotische“ Zentrum könnten vorlegen, wenn die Kosten der Vorlage durch eine Erbschaftsteuer gedeckt werden sollten. Eine „Einmütigkeit“ sei erforderlich. Der Welt müsse ein neuer Beweis für die Vaterlandsliebe der Nation“ erbracht werden durch eine schnelle und einmütige Bewilligung dessen, was die Regierung fordere — mit Verlichtungen aber läßt sich solche „Vaterlandsliebe“ nicht erzielen!

Bei einer solchen Rede, wie sie der Reichstanzler zu dieser so bedeutungsvollen Vorlage gehalten hat, läßt sich jede und auch die größte Heeresvermehrung als „begünstigt“ und somit die gewünschte „Einmütigkeit“ zu erzielen — von den Sozialdemokraten selbstverständlich abgesehen. Das Mittel, die bürgerlichen Parteien für die Verstärkungen zu gewinnen, hat bereits Herr v. Heeringen, der preußische Kriegsminister, der nach dem Reichstanzler sprach, verraten: in der Kommission sollen — natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit — „nähere Mitteilungen“ gemacht werden. Auch er versicherte, es bestehe keine Gefahr, niemand bedrohe Deutschland — aber man müsse für eine Mobilmachung gerüstet sein. Und wenn durch die Verstärkung des Heeres für das Vater-

land ein Nutzen erfolgen soll — dann müsse diese schnell erfolgen — obwohl niemand an einen Krieg denkt!

Nach dem preußischen Kriegsminister marschierte als dritter von der Regierung Herr v. Tirpitz an das Rednerpult, um auch seine „Gründe“ für die Flottenvorlage vorzubringen. Danach soll die Flottenvorlage nötig geworden sein, um technische Schwierigkeiten zu überwinden, wodurch erst eine sofortige Verwirklichung eines erheblichen Teils der Flottenvermehrungen, die bisher schon vorgenommen worden sind!

Den Schluß im Reigen der Regierungsdirektoren machte der neue Reichsdirektor Dr. Kühne, der einen geradezu belustigenden Vortrag vornahm — um die Regierungsvorlagen zu „rechtfertigen“, ohne sie zu zertreten. Wüßte er, daß das erste Erbschaftsteuergesetz ausgearbeitet hat, das Villow zur Finanzreform vorlegen wollte, doch nun nachteiligen, daß keine Erbschaftsteuer nötig sei. Das Reich schwimmt nach ihm heute im Geld, eine Viertel-Milliarde Ueberflüsse hat es im vorigen Jahre gemacht — aber so kam es am Schlusse seiner Rede aus dem gepreßten Herzen hervor: die Finanzlage sei dennoch, keine glänzende, Arrien würden kommen und Sparlosigkeit sei am Plage. Er will die Erbschaftsteuer aufheben für die Zeit der dringendsten Not! Nur jetzt will er sie nicht haben — weil die Junker und das Zentrum sie nicht wollen!

Unser Genosse Dr. Haase, der nun als erster Redner aus dem Hause zum Worte kam, hatte eine dankbare Aufgabe, in einer recht wirkungsvollen Rede alle die Widerbrüche zu zerbröckeln, deren sich die Vertreter der Regierung schuldig gemacht hatten. Nach diesen Erfahrungen, sagte er mit Recht, werde man damit rechnen müssen, daß bald wieder eine neue Wehrvorlage komme. Alles, was die Regierung im vorigen Jahre als ausreichend für den Schutz des Reiches bezeichnete, habe sie in diesem Jahre über den Haufen geworfen. Die Regierung dürfe sich daher nicht wundern, wenn das Volk den Schluß daraus ziehe, daß die Kräfte militärischer Sachverständiger keinen Wert haben! Genosse Haase versicherte, daß auch die Sozialdemokraten bereit seien, Deutschland gegen räuberische Ueberfälle zu schützen; aber diese Verstärkungen kämen nur Eroberungsplänen entgegen. Und solange das Heer gegen den „inneren Feind“, gegen die um Verbesserung ihrer Lebenslage ringenden Arbeiter verwendet werde, wie es beim letzten Kohlenarbeiterstreik wieder geschah sei, könne man doch nicht verlangen, daß der Arbeiter Sympathie

Am
Zoffen
müßig
erinnen
-G.
ian's
ok-Pulver

für dieses System habe. Und die Sozialdemokratie bleibe ihrem Grundgedanken treu: diesem System keinen Mann und keinen Groichen. Unter Redner legte die Vorteile der Wägung dar, forderte die Verabschiedung der Dienstzeit, die Aufhebung des Einjährigen-Privilegiums und gestellte dann die Steuererhöhung der Besitzenden. Bei patriotischen Festen zeigten die Besitzenden wohl eine Opferwilligkeit — in Reden; aber wenn es aus Zahlen gehe, hielten sie die Fäden zu.

Nach Quale sprach Herr Dr. Spahn für das Zentrum. Er muß zugeben, daß die fortgesetzten Heeresvergrößerungen und Vermehrungen der Ausgaben einem jeden auf die Nerven fallen. Aber wenn die Auskünfte in der Kommission befriedigend seien — woran nicht zu zweifeln sei! — werde das Zentrum die Vorlage bewilligen. Selbstverständlich — denn es kommt keine Erbschaftsteuer, worüber Herr Spahn sehr zufrieden ist. Auch für die sogenannte Aufhebung der Liebesgabe wird das Zentrum eintreten, denn, so sagte Herr Spahn, die Spirituszentrale arbeite jetzt so vortrefflich, daß sie den Preis bestimmen könne — die Schnapsbrenner können also ohne die Liebesgabe auf ihre Rechnung kommen, die Konsumenten schlürfen!

Zum Schluß sprach noch ein Redner der Wirtschaftlichen Vereinigung, Herr Vogt, selbstverständlich für die Vorlagen der Regierung.

Die Verhandlungen werden voraussichtlich bis Donnerstag abend dauern, wo die Debatte geschlossen werden soll. Die Heeresvorlagen scheinen für die Regierung auch gesichert zu sein. Aber die Deckungsfrage wird mit den vorliegenden Belegen nicht erledigt. Die Zukunft wird sich mit den Erklärungen der Regierungsvorläufer am gestrigen Tage noch oft beschäftigen müssen — wenn das „dicke Ende“ nachkommt!

Deutsches Reich.

Reichstagsrede und Agrarier.

Der Bericht der verstärkten Geschäftsordnungskommission des Reichstages über die Verhandlungen der Anträge auf Abänderung der Bestimmungen der Geschäftsordnung über die Interpellationen usw. ist jetzt den Reichstagsabgeordneten zugegangen. Nach den Beschlüssen der Kommission sollen bekanntlich sogenannte kurze Anfragen im Reichstag eingeführt werden. Außerdem sollen bei Verpredung einer Interpellation Anträge gestellt werden dürfen, die die Feststellung verlangen, daß die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichstagspräsidenten der Einreichung des Reichstages entspricht oder daß sie ihr nicht entspricht.

Die deutsche Tageszeitung gibt nun wieder ihrem Zerberger über die Kommissionsvorläufe deutlich Ausdruck. Sie schreibt:

Wir leben in den Anträgen den ersten Schritt zum parlamentarischen Regierungssysteme, dem wir uns widersetzen müssen. Der Reichstag hat ohne Zweifel das Recht, seine Geschäftsordnung selbst festzusetzen und abzuändern. Wenn aber die Geschäftsordnung, wie in diesem Falle, in gewissem Sinne in die Regierungsbefugnisse eingreift, darf sich das an andere Grundsätze der Regierung nicht gefallen lassen. Würde sie das tun, so würde sie selbst ihre Stellung mindern.

Was soll nun eigentlich die Regierung machen, wenn die Kommissionsvorläufe angenommen werden? Die Zustimmung des Bundesrats ist zur Gültigkeit einer derartigen Bestimmung nicht nötig, weil es sich um eine Geschäftsordnungsänderung handelt. Soll die Regierung etwa den Reichstag aufhalten?

Die Deutsche Tageszeitung ist sich dessen wohl bewußt, daß ein Reichstagspräsident bedenklich ins Wackeln kommen muß, dem — vielleicht ein paarmal — erklärt worden ist, daß seine Handlungsweise von den Vertretern des deutschen Volkes gemißbilligt wird. Damit würde möglicherweise der Reichstagspräsident viel mehr vom Reichstag abhängig werden, als das heute der Fall ist. Und vor solch einem Zustand haben unsere Agrarier eine Scheidung. Im Reichstag können und werden sie einmal ihren Einfluß verlieren. Das wissen sie sehr gut. Und dann, so fürchten sie, können sie den Reichstagspräsidenten nicht mehr in der gewünschten Weise an der Strippe halten! Solange Sein und Nichtsein eines Reichstagspräsidenten nur von der Gnade seines kaiserlichen Herrn abhängig ist, werden die Agrarier mit Hilfe ihrer Vertrauensleute bei Hofe und in der Verwaltung schließlich immer mit einem Mann fertig werden, der auf die Dauer nicht nach ihrer Pfeife tanzt. Ob ihnen das auch gelingt, wenn die Abhängigkeit des Reichstagspräsidenten vom Reichstag größer wird, ist zum mindesten zweifelhaft. Daher die Scheu der Agrarier vor Erweiterung der Reichstagsrechte.

Ungehaltene Scharfmacher.

Die Post, das bekannte Scharfmacherorgan, liegt wieder einmal dem ehlen Handwerk ob, zu denunzieren. Sie schreibt in bezug auf die Vereinerung der Posten bei der neuen Privatbeamtenversicherung:

„In Arbeitgeberkreisen hat es Verkündungen herborgerufen, daß, wie die Volkswirtschaftlichen Blätter berichten, das Reichsamt des Innern einen hervorragenden Angestelltenführer, Dr. D. J. Thissen, zur kommissarischen Verkleidung einer Referentenstelle bei der neuen Reichsversicherungsanstalt berufen hat. Dr. Thissen war Leiter des radikal-gewerkschaftlichen Technikerverbandes und später des gemäßigteren Vereins für Handlungsbeamte von 1898 in Hamburg. Selbst bei dem besten Willen wird dieser Herr nach seiner bisherigen einseitigen Tätigkeit im Sinne der Angestellten als Regierungsreferent nicht die Objektivität haben können, die man von einem solchen Beamten verlangen muß. Beabsichtigt das Reichsamt des Innern auch, zum Ausgleich eines der Arbeiterkammern nachstehenden Sachverständigen zu berufen?“

Der Verein für Handlungsbeamte von 1898 in Hamburg ist eine ganz zahme Organisation. Jedes halbwegs energiegeliche Vorgehen gegen Unternehmer ist den Leuten vom Hamburger Verein ein Greuel. Von der bösen Sozialdemokratie wollen sie durchaus nichts wissen. Sie sind national, staatsbehaltend, ordnungstreu und was man sonst noch will. Trotzdem erdient den Scharfmachern die Uebertragung einer Staatsstellung an einen Mann, der im Dienste dieser Organisation gestanden hat, als eine höchst bedenkliche Sache. Die Herren betrachten es eben als ihr gutes Recht, daß staatliche Posten nur mit solchen Leuten besetzt werden, deren Zuverlässigkeit im Unternehmerinne absolut zweifelhaft ist.

Keine Verhandlungen.

Die Londoner Daily News veröffentlicht einen längeren Aufsatz, welcher sich mit der deutsch-englischen Verständigungsaktion beschäftigt und der u. a. mittelt:

Während der Unterredungen zwischen der englischen und der deutschen Regierung nach Lord Saltonstons Besuch habe die deutsche Regierung die Einzelheiten ihres Flottenplanes der britischen Regierung unterbreitet, ehe das Gehege veröffentlicht wurde, und die Veröffentlichung sei eigens deswegen verzögert worden. Die deutsche Regierung habe sich ferner erboten, daß in Aussicht genommene Gehege fallen zu lassen, das heißt, sie wolle die Errichtung des dritten aktiven Geschwaders und die Erbauung von drei Dreadnoughts lassen lassen und dafür bei dem alten Flottenplan verbleiben, das nur zwei Dreadnoughts pro Jahr vorsehe. Das für eine Gegenleistung die deutsche Regierung verlangt habe, weiß das Blatt nicht, doch das deutsche Anerbieten sei nicht angenommen worden. Im Gegenteil habe vor ungefähr drei Wochen die deutsche Regierung durch den britischen Vorkonsul Sir Edward Goschen eine Mitteilung von Sir Edward Grey erhalten, welche dahin ginge, den offiziellen Anknüpfungspunkt von Lord Saltonstons Mission und den Arrangements, die man glaubte, mit ihm eingeleitet zu haben, wieder abzuleugnen. In dieser Beziehung sei es beachtenswert, daß Lloyd George sein Budget vor drei Wochen einbrachte, und daß einer der beiden Fälle zur Fertigstellung der Ausrüstung des vorjährigen Liebesflusses — der andere war der Kohlenstreik — die Möglichkeit der gesteigerten Ausgaben für die Flotte bilde. Die deutsche Regierung habe auf die Mitteilung Sir Edward Greys mit einer Empfangsbestätigung, einem Ausdruck des Bedauerns über ihren Inhalt und der Versicherung geantwortet, daß Deutschland fortfahren werde, in der freundschaftlichen Art und Weise mit England Mitteilungen auszutauschen, wie dies vor dem Saltonstonsfall geschehen sei.

Demnach wäre also die deutsch-englische Flottenverhandlung gescheitert und das Volk beider Länder muß für die Interessen ihrer Imperialisten von neuem in den Streit greifen.

Für Wasserfall.

Der Nationalliberale Verein Berlin nahm in der außerordentlich stark besuchten Hauptversammlung am Sonnabend zu den Beschlüssen des Zentralvorstandes der Partei und zur Wasserfallischen Politik Stellung. Mit überwältigender Majorität wurde eine Resolution gefaßt, in der Wasserfall das volle Vertrauen ausgesprochen und der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß die Partei die in den letzten Jahren eingehaltene Politik unbeirrt weiter verfolgen wird. Die Versammlung erwartete infolgedessen vom Delegiertentag die Ablehnung der gegen die Organisationen der Jungliberalen gerichteten Anträge.

Dementsprechend fiel auch die Wahl der Delegierten zum Parteitag aus.

In Stuttgart tagte am Sonntag der Vertretertag der nationalliberalen Partei Württembergs, der eine Resolution einstimmig angenommen hat, in der der nationalliberalen Reichstagsfraktion unter der bewährten Führung Wasserfalls das volle Vertrauen ausgesprochen wird. Der Vertretertag verurteilt es, wenn durch Uebertreibung der Wichtigkeit von

organisatorischen Fragen Haber und Zwietschky in die Parteimeinung getragen wird.

Ein fastiger Schwimbel.

Eines der obskuren Berliner Sensationsblätter, die demnachst eingehende Deutsche Montagszeitung, leistet sich in ihrer Ausgabe vom 22. April einen Schwindelgang an sonderlicher Art. Unter der sensationellen Ueberschrift „Das Mandat des Reichstagspräsidenten durch kaiserliche Eingriffe ungültig?“ behauptet das Blatt im Hinblick auf die am Dienstag in der Wahlprüfungskommission zur Behandlung stehende Wahl des Abg. Raempff:

„Es wird nun in allerletzter Stunde ein höchst eigenartiges Vorhaben sozialdemokratischer Kreise bekannt. Ein Vorschlag, das einer gewissen Pikanterie ebensowenig erweiblich ist, andererseits eines sehr, sehr ernsthaften staatsrechtlichen Interesses, soll die Absicht bestehen, Raempffs Wahl u. a. mit der Wahlprüfungskommission, keine Wahl sei zum Teil einem staatsrechtlich nicht gestatteten Eingriff des Kaisers zu verbanen.“

Das Blatt veröffentlicht sogar zwei juristische Gutachten eines davon vom Geheimrat Professor Kahl, das andere von einem nicht genannten Rechtslehrer, die, wie sich das nun einmal gehört, sich beide widersprechen. Wir können dazu feststellen, daß die Angaben des genannten Blattes auf Ertfindung beruhen. Mit keinem Wort ist in der Wahlprüfungskommission, soweit gelegentlich über den Wahlprozeß gegen Raempff gesprochen wurde, eine Uebertreibung gefallen, die in dem Sinne ausgelegt werden könnte, wie dies das genannte Sensationsblatt getan hat.

Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Italien. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Seit den Inkrafttreten des deutsch-italienischen Handelsvertrages haben in verschiedenen Zweigen und Meinungsübersichten über die Auslegung des Vertrages und der beiderseitigen Vertragsverträge ergeben. Es soll versucht werden, eine Verständigung über diese Fragen durch mündliche Verhandlung zwischen Kommissaren der deutschen und italienischen Regierung herbeizuführen. Diese Verhandlungen seien am 24. April in Rom begonnen.

Wasserversorgungsarbeiten. Das Odenburger Staatsministerium verbot die öffentlichen Umzüge bei der Wasserversorgung in Rüstingen. Es ist das erstmalig, daß hier der Wasserversorgung verboten wird. Ein „liberale“ Odenburger verpackt ganz und gar. Offenlich gibt die Behörde im Rüstinger Reichstagswahlkreis am 22. April ein biele gänzlich ungerechtfertigte Maßnahme mit dem Stimmzettel die richtige Antwort!

Reben den Behörden sind auch die Scharfmacher wieder zu der Arbeit, den Arbeitern ihren Welfelertag zu nehmen. Die Arbeiter-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, die Vereinigung der Holzindustriellen von Groß-Berlin, der Zentralverband der Bauhölzlermeister Berlins und Umgebung, sowie die Berliner Holzindustriellen und andere Verbände haben beschließen, jeden Arbeiter, der am 1. Mai feiert, zu entlassen und vor Montag den 6. Mai nicht wieder einzustellen.

Zur Titanic-Katastrophe.

Menschen I. und III. Klasse.

Was die Rettungsziffern bisher nur unbestimmt andeuteten, das wird nunmehr bestätigt durch die Aussagen einiger Ueberlebender der Titanic: noch bei der Rettung, im Angesicht des Todes, machten sich die Passagiere unserer Gesellschaft geltend! Ein Schiffsarzt erzählte, daß nach dem Zusammenstoß an Bord des Schiffes, besonders unter den Passagieren der dritten Klasse, eine entsetzliche Panik ausbrach. Die Passagiere stürzten an Deck und Szenen wilder Verzweiflung spielten sich ab, insbesondere als zwei Rettungsboote vorüberführten, die nur zur Hälfte besetzt waren. Die Insassen beider Boote weigerten sich jedoch, Passagiere der dritten Klasse aufzunehmen. Nur der energischen Haltung der Titanic-Matrosen sei es zu danken, daß auch Frauen der dritten Klasse gerettet wurden. Die Mannschaft habe mit vorgehaltenem Meißel die männlichen Passagiere der höheren Klassen davon abgehalten, sich vor den Frauen in die Boote zu stürzen. Aus Intervall von Jählingenbestern ist zu entnehmen, daß man erst dann an die Rettung der Zwischendecker gegangen ist, als die Kapitänspassagiere und 1/2 Duzend Boote von dem oberen Deck von der Titanic abgestoßen waren. Als die letzten Boote zu Wasser gelassen wurden, standen Hunderte von Frauen und Kindern jammernd und weinend an der Reling.

Es ist wie ein Abbild unserer Gesellschaft, was sich hier an der Titanic-Katastrophe in düsteren Farben abrollt: erst die Passagiere erster und zweiter Klasse — dann die Hungerleider des Zwischendecks noch lange nicht! Sie konnten nicht so viel zahlen und von ihrer Sorte gibt's genug. Sie wirkten mit ihren Arbeitshänden den gepflegten Erstklassigen auch im Rettungsboote immer noch stehend. Also draußen bleiben! Nicht die Jüngsten, Gefindesten, Schönsten wurden zuerst geborgen, nein, die Auslese geschieht in unserer Gesellschaft nach dem Fahrpreis. Trotzdem werden die bürgerlichen Blätter auch künstlich bei ähnlichen Katastrophen die Redensart ableiten, daß der soziale Kampf aufdre, wo sich die Gewalt der Elemente aufwirft.

Die Wiener Arbeiterzeitung referierte zu dieser sozialen Seite des Dazandramas vor einigen Tagen folgendes charakteristische Gerücht:

„Gestern abend erfuhr eine englische Dame, die im Hotel Bristol wohnt, daß die Titanic zugrunde gegangen sei. Auf diesem Schiffe fuhr ihr Gatte nach Amerika. Außer sich, in namenloser Erregung, stürzte sie heute mittag in die englische Gesandtschaft. Man verlor die Besinnung und befand sich in solchen Momenten nicht.“

Da fragte der Gesandte: „Ihr Gatte fuhr doch erster Klasse?“

„Ja“, erwiderte die Dame aus dem Hotel Bristol. „Dann ist er gerettet!“ Die Passagiere erster Klasse hat die Carpathia am Bord genommen.“

Erleichtert geht die Verzagte fort. ... Die reichsten, die teuersten Passagiere sind geborgen.“

Die Untersuchung.

Washington, 22. April. Die Senatskommission, die die Untersuchung über den Untergang der Titanic führt, setzte heute das Verhör fort. Der Vizepräsident der White-Star-Line gab zu, daß die vom 15. April datierten beruhigenden Nachrichten nur auf Berichten und Gerüchten beruhten, die einige Zeitungen aus Cap Race gemeldet haben, und bestreitet, daß er in irgendeiner Weise versucht habe, über die drakhtlosen Nachrichten der Carpathia eine Fensur auszuüben. Er habe keine Nachrichten unterdrückt. Die Titanic habe keinen neuen Rekord aufstellen wollen. Niemand sei für die Katastrophe verantwortlich. Die Ausrüstung der Titanic habe das vom Gesetze geforderte Maß übertraffen. Man hielt ein Sinken für unmöglich. Er habe die Associated Press gebeten, die erste Nach-

richt zurückzuhalten, bis die Sache untersucht sei, um eine unrichtige Meinung zu vermeiden. Es habe nicht die Absicht bestanden, die Beamten und die Mannschaft nach England zurückzuführen, um sie einem Verhöre zu unterziehen. Der vierte Offizier der Titanic, der dem Senatsschiff aus, er habe bis zuletzt Kapitänspost gegeben, um die Aufmerksamkeit eines Schiffes zu erwecken, das bei der Titanic fuhr und dessen Lichter man sah. Das Schiff kam nicht weit entfernt zu sein.

Einer der geretteten Matrosen, namens Klein, hat dem österreichischen Vizekonsul Berga in Cleveland erzählt, ein großer Teil der Mannschaft sei im Augenblick bei Zusammenstoß

betrunken

gewesen. Der Mann wurde in Ohio festgehalten, um dem Senatsschiff vorgeführt zu werden. Er gab an, daß an dem Unfallabend ein großes Dinner mit folgendem Ball stattgefunden habe. Das Dinner sei den Matrosen von den Steuermännern Champagner gegeben worden. Er, Klein, habe gerade Dienst auf dem Deck gehabt, als plötzlich ein Passagier auf ihn zutrat und auf einen mittelbaren vor dem Schiffe liegenden Eisberg wies. Klein behauptet auch, daß sowohl der Kapitän als viele Offiziere an dem Dinner teilgenommen, wobei viel getrunken worden sei. Der Mann in Ausblick sei eingestraften, und er selbst habe das rote Alarmzeichen gegeben, nachdem er sich überzeugt, daß der Wasserstand schielte. Auch Frau Kisor erzählt, daß, während sie und der Kapitän des ertrunkenen Millionärs Widner aus Philadelphia ruderten, sich Matrosen aufgeführt wurden. Einige von diesen seien vollkommen betrunken gewesen und bald darauf gestorben. Es ist dies eine indirekte Bestätigung der Angaben des Matrosen Klein.

Kapitän Smiths Tod.

Newport, 22. April. Ein Feiger, der mit dem Kapitän Smith im Augenblick des Unterganges des Schiffes auf dem Brückendeck war, berichtet: Als das letzte Boot flott gemacht wurde, brach der Wasser über die Brücke. Der Kapitän, der schon bis an die Knie in Wasser stand, rief: „Jungens, Ihr habt eure Pflicht getan, ich verfolge nicht mehr von euch. Ihr kennt das Befehl der See, jeder Mann steht jetzt für sich selbst. Gott segne euch.“ Dann nahm er ein weinendes Kind, das aus der Brücke neben ihm stand, auf den Arm und sprang hinab. Ein geretteter Engländer bestätigte die Angabe des Feigers. Er sagte, er habe den Kapitän mit einem Ains unter dem Arm schwimmen sehen. Kapitän Smith habe das Kind in ein Boot gebracht, sich aber geweigert, selbst in das Boot zu gehen.

Die Subskription.

London, 22. April. Die Subskription für die Hinterbliebenen der Opfer der Titanic erreicht heute 128 000 Pfund Sterling, das sind 2 180 000 Mark.

Das Titanicunglück im Unterhause.

London, 22. April. In Beantwortung verschiedener Anfragen erklärte der Handelsminister Dutton, daß sofort Schritte unternommen worden seien, eine Untersuchungskommission zu bilden, die mit peinlichster Sorgfalt die Ursachen des Unterganges der Titanic feststellen solle. Angesichts des außerordentlichen Grades der Tragweite hält der Minister die Ernennung eines Mannes von juristischer Bedeutung für geboten, der, unterstützt durch Beistand, ein unabhängiges Untersuchungsgericht bilden soll. Inzwischen habe der Beirat für die Handelsschiffahrt Sitzungen ab zur Beratung verschiedener Vorschläge, die bei der Titanic-Katastrophe zutage getreten seien. Sobald er die Ergebnisse der Untersuchungskommission und des Beirats für die Handelsschiffahrt erhalten habe, werde er dem Hause mitteilen können, ob eine weitere Untersuchung durch die Kommission oder den Beirat nötig sein werde, und ob die Untersuchung einen nationalen oder internationalen Charakter tragen habe.

Eine internationale Konferenz über die Sicherheit auf Schiffen. Odenburg, 22. April. Die Seeverkehrsverwaltung hat bei Reichsamt des Innern ersucht, durch Vermittlung des Bundesratigen Amtes offiziell bei der englischen Regierung die baldige Einberufung einer internationalen Konferenz zu beantragen, in der die Frage der Ausrüstung mit Sicherheitsvorrichtungen, insbesondere mit Rettungsbooten, bei den dem internationalen Passagiersverkehr dienenden Dampfern durch internationale Vorschriften geregelt werden soll.

Ausland.

Rußland.

Das Arbeitermassaker in der sibirischen Tundra.

Die blutige Weste des russischen Unternehmertums hat wieder unzählige Opfer gefordert. Der langwierige wirtschaftliche Kampf, den die Arbeiter in den Goldwäschereien Transbaikaliens schon seit Wochen gegen die grausame Exploitation des Kapitals geführt haben, hat mit einer blutigen Niedermetzelung der Streikenden geadelt. Selbst die offizielle Petersburger Telegraphenagentur gibt die Zahl der Getöteten mit 107 an; 84 Verletzte starben später. Außerdem wurden 210 Mann verwundet, von diesen 81 leicht.

Der Ausbruch der Arbeiter auf den Lenaer Goldbergwerken, an dem ca. 7000 Personen teilgenommen haben, begann schon vor etwa sechs Wochen. Er war hervorgerufen durch den unerhörten Druck und die furchtbare Ausbeutung, die die „Lenaer Goldindustriegesellschaft“ gegen ihre zahlreichen Arbeiter zur Anwendung brachte. Sogar die offiziellen Regierungsberichte entrollen das Bild einer solchen Sklaverei, daß dagegen die Zustände in den Bergwerken und Fabriken des europäischen Rußlands wie ein Paradies erscheinen. Die Arbeiter sind vollständig in die Gewalt der Bergwerksgesellschaft gegeben, die ihnen bei sehr langer Arbeitszeit außerordentlich niedrige Löhne zahlt, ihnen die Preise für die Lebensmittel diktiert, Wohnung zuweist, sie mit einem Knecht von Spiegeln umgibt und als unumschränkte Herrscherin jede Bewegungsfreiheit raubt. Der Mangel jeder weiteren Arbeitsmöglichkeit in den wüsten sibirischen Tundren, die Abgeschnittenseit von dem Mutterlande zwingt die von der Not und Arbeitslosigkeit nach Sibirien getriebenen Arbeiter, sich der Diktatur der Bergwerksgesellschaft zu unterwerfen, deren Prokollatoren in Petersburg und London aus der Haut ihrer Arbeiter Riemen schneiden und jährlich fette Dividenden einheimsen. Diese Gewalt Herrschaft, die sich namentlich nach der Ankunft des Direktors Teemann bis ins Ungemessene steigerte, hat endlich die Geduld der Bergwerkssklaven zum Überlaufen gebracht. Anfang März setzten in den Goldwäschereien und Bergwerken eine regelrecht organisierte Lohnbewegung der Arbeiter ein, die in kurzer Zeit den gesamten Bezirk mit seinen mehr als 50 Unternehmungen ergriff. Das dort erfolgte Massaker ist die endgültige Antwort des mit der Staatsgewalt kollaborierten Kapitals auf die vollkommen friedliche Lohnbewegung der Arbeiter.

Gleich nach dem Ausbruch des Streiks schilderte der Spezial-Berichterstatter dieser Zeitung die Lage folgendermaßen: Nachdem die Bergwerksgesellschaft die tatsächliche und juristische Besitzerin der Eisenbahnen und Wasserstraßen geworden und auch alle anderen Industrie- und kommerziellen Tätigkeiten an sich gerissen und monopolisiert hat, ist sie zugleich zur Herrscherin des Arbeitsmarktes geworden, indem sie in diese gefährliche Sphäre bei dem An- und Verkauf der Lebensmittel und aller sonstigen Wirtschaftsgüter die Billigkeit hineintrug. Auf dieser Grundlage brach am 13. März auf dem Andrejewischen Bergwerk Stürzen und Unzufriedenheit aus, die zur Einschränkung der Arbeit führten. Die streikenden 900 Personen verlangten die Arbeitsentlohnung durch grobe Behandlung, durch falsche Lohnauszahlungen, systematische Verweigerung rechtzeitiger medizinischer Hilfe, Lieferung von schlechtem Fleisch und Brot, gesundheitsgefährliche Bedingungen der Wohnhäuser, und verlangten eine Erhöhung des Arbeitslohnes. Die Hauptverwaltung in Petersburg lehnt alle Forderungen ab und ersucht die Unruhen mit militärischer Gewalt zu unterdrücken. „Im letzten Augenblick“ wurden die Streikführer verhaftet. Die Arbeiter forderten die Freilassung, worauf das Militär die Antwort erteilte, daß scharfe Salven auf die wehrlose friedliche Masse abregnete.

Das Blut der Getöteten komme über die verdrehten Pflichten und Wollstücker dieses fluchwürdigen Anschlages.

Petersburg, 22. April. In der Reichsduma wurden heute die von den Sozialisten, Arbeitern und Sozialdemokraten eingebrachten Interpellationen über die Vorgänge in den Bergwäschereien erörtert. Der Führer der Sozialisten Gutschkow betonte dabei, daß die Menge keine Gewalttätigkeiten begangen habe, die den Massengebrauch von Seiten des Militärs gerechtfertigt hätten.

Türkei.

Politischer Mord.

Neßles 22. April. In Mitrovoica sind zwei angesehene Serben von Albanesen ermordet worden. Es handelt sich um politische Motive.

Marokko.

Die Meuterei in Fez.

Paris, 22. April. Der Matin schreibt: Nach Nachrichten aus offizieller Quelle soll die Ruhe in Fez vollständig wiederhergestellt sein. Wir haben von unserem Vertreter in der marokkanischen Hauptstadt keine Bestätigung dieser Meldung erhalten, da die Regierung dem ihre Vertreter in Fez die Transmission von Depeschen an die Zeitungen unterlagert haben. Der Matin entwirft sich darüber und führt aus, es ist nicht nur eine Gefahr, sondern es handelt sich hier direkt um ein Verbot, Nachrichten an die Presse gelangen zu lassen. Man fragt sich allerdings, durch was eine solche Maßnahme der Regierung gerechtfertigt ist, und kommt zu dem Schluß, daß die verantwortlichen Stellen die Wahrheit verheimlichen wollen. Der Matin meldet weiter, daß auch sein Korrespondent namens Brigan, der sich seit einigen Tagen in Fez befindet, mit seiner Frau von den Rebellen ermordet worden ist. Der Berichterstatter des Matin in Tanger telegraphiert seinem Matin, daß die Ermordeten den Meutereien lange Zeit heftigen Widerstand entgegengezeigt haben müssen, da das Haus nur sehr kleine Zugänge hatte und stark besetzt war. Die öffentliche Meinung hat die Nachricht von der Ermordung des Korrespondenten sowie des Todes der Offiziere in Fez mit großer Bewegung aufgenommen. Die Schuld an dem Massaker wird der Regierung beigemessen.

Tanger, 22. April. Ein Drittel des Stadtviertels Feßah in Fez wurde während der Meuterei in Brand gesetzt. 50 Leichen von Juden wurden geborgen. General Reinier befindet sich im Lager von Dardebilagh. Alle Tore der Stadt sind von französischen Truppen besetzt. Die Ruhe dauert an.

Die Aufrechterhaltung des Hauses der Franzosen sorgfältig mit Wache versehen; nur Franzosen wurden wiedergewonnen. Von anderer Seite wird berichtet, daß auch der Spanier, darunter ein Arzt, vermißt werden, die wahrscheinlich während des Aufzuges den Tod gefunden haben.

Mahregeln.

Tanger, 22. April. Meldungen aus Fez berichten, daß die französischen Behörden bereits eine Anzahl Mahregelnungen vorgenommen haben. Verschiedene Beamte sind ihres Amtes enthoben worden. — Mehrere benachbarte Städte, die herbeigeeilt waren, um sich an der Klärung der Stadt zu beteiligen, konnten zurückgeschickt werden. Die französische Regierung gibt bekannt, daß sie keineswegs Befehl erteilen werde, um den drückenden Telegrafenverkehr für Privatdepeschen zu sperren. Die Störung sei darauf zurückzuführen, daß vier Telegraphisten bei den Unruhen umgekommen sind, sowie andererseits sich die amtlichen Telegramme infolge des Aufzuges sehr angehäuft hätten. Den letzten Meldungen aus Fez zufolge ist die Ruhe namentlich eine vollständige. Während des Aufzuges und der Kämpfe haben die Franzosen an Toten 14 Offiziere und 44 Mann gehabt, die Zahl der Verwundeten beträgt 4 Offiziere und 70 Mann. Des Weiteren sind 13 Zivilpersonen, sämtlich Franzosen, getötet worden.

Die Truppen des General Roumer sind gestern morgen nach einem Einsatz in Fez eingetroffen. Ein Teil der Soldaten ist in die Stadt eingedrungen, die übrigen verbleiben außerhalb der Mauern von Fez. Regnault besuchte in Begleitung El Mokris die französischen Verwundeten im Spital. Meldungen, welche eine auswärtige Legation erhalten hat, belagen, daß das jüdische Stadtviertel in Fez von den Rebellen vollständig zerstört und geplündert worden ist. Man spricht von Hunderten von Verletzten. Der französische Gesandte Regnault forst unter Mitwirkung des Sultans und des Wachs für die notwendige Verpflegung der im Sultanspalast untergebrachten Juden.

China.

Peking, 22. April. Die Regierung hat das Kolonialamt aufgehoben mit der Begründung, daß die Mongolei, Tibet und Chinesisch-Turkestan jetzt Teile der Republik geworden und keine Kolonien mehr seien.

Die chinesische Regierung bemüht sich zu erfahren, was sie tun müsse, um den Wünschen der internationalen Bankgruppe in der Anleihefrage zu entsprechen. Wahrscheinlich wird die Regierung auf die letzte Mitteilung der Beamten von Frankreich, England, Deutschland und den Vereinigten Staaten eine befriedigende Antwort geben. So daß die Anleiheverhandlungen dann wieder aufgenommen werden können.

Amerika.

Wahltag in Buenos Aires.

a. k. In den jetzt beendeten argentinischen Parlamentswahlen wurden in der Hauptstadt zwei Sozialisten gewählt. Dem vorletzten Abgeordnetenhaus gehörte Genosse Salario an. Bei den vorigen Wahlen gelang es den Radikalen der Regierung, die bekanntlich vor der Verwendung von Kokpizeln und den rohesten Verführungsmethoden gegen die Arbeiter und die Partei nicht zurückwichen, ihn zu verdrängen. Inzwischen gelang es, die Partei wieder herzustellen. Die Wahl zweier Abgeordneten, deren Namen noch nicht gemeldet sind, ist die Cultivierung über die Sozialpolitik der herrschenden Elite, zugleich ein Sieg über die parlamentarismuskonträre Reaktion der Radikalen, die in der vielfach noch sehr rückständigen, meist aus Italien und Spanien stammenden Arbeiterklasse bisher noch viel Einfluß gehabt hat.

Die italienische Flottenaktion.

Rom, 22. April. Giornale d'Italia veröffentlicht folgende Einzelheiten über die italienische Aktion vor Samos: Als der italienische Torpedobootzerstörer Ostro vor dem Hafen von Smyrna erschienen war, wurde die Besatzung des dortigen türkischen Stationschiffes Alarm durch eine Panik ergriffen. Öffnete die Luikontrollventile des Schiffes, um es zu versenken, und floh in die Stadt. Die Ostro gab darauf einen Schuß ab, der den Kiel der Jolamieh traf, und schoß dann einen Torpedo ab, der die Jolamieh in die Luft sprengte. Schließlich traf ein genau gezielter Schuß den aus dem Wasser hervorsteigenden Mast mit der türkischen Flagge. Die Bevölkerung begrüßte das Vorgehen der Italiener mit den Rufen „Es lebe Italien!“

Dann trat das italienische Panzerkreuz Emanuele Filiberto in Aktion und gab 04 Schüsse gegen die türkische Kolonne ab, deren Flaggenschiff mit der türkischen Flagge er zerstörte. Vier Geschosse, die von den Türken gegen den Aufbruch von Samos verendet worden waren, wurden gebrauchsunfähig gemacht. Der italienische Kommandant verlangte sofort von dem von dem Fürsten an Bord gesandten Beamten die Wiederholung der türkischen Flagge und deren Übergabe. Nachdem dies geschehen war, wurden die Feindlichkeiten eingestellt, und es wurde bekannt gegeben, daß wenn gegen die Besatzung mit Zwangsmitteln vorgegangen würde, die italienischen Schiffe das Bombardement wieder aufnehmen würden.

Konstantinopel, 22. April. Die gestern hier eingetroffenen Nachrichten über das angebliche Bombardement von Chios sind nach den Informationen des Ministeriums des Innern noch nicht bestätigt.

Die Adelsverbündung mit Chios, Tenos, Rhodos und Smyrna ist unterbrochen. Mehrere Berichte jedoch mittels Seilbooten, daß heute 20 italienische Kriegsschiffe vor der Insel vorüberfuhren in der Richtung auf die Dardanellen. Ferner wird berichtet, daß der Lemnos eine Bewegung aller italienischen Kriegsschiffe herrscht. Eine Landung italienischer Truppen ist aber bisher noch nicht erfolgt.

Mineranlage.

Saloniki, 22. April. Infolge der Verbotsmaßnahme der Mineranlage wurde die Zone vor dem Dardanellen durch den großen Kap auf eine Entfernung von 3 Kilometern für alle Fahrzeuge gesperrt. Auch die Annäherung zu Lande ist strengstens unterlagert. Auf Seeweg verkehrende Dampfer sind nur noch als Fahrgastfahrzeuge für die die von Pilotschiffen geleiteten Handelschiffe offen.

Italienische Militärangelegenheiten in Tripolis.

Konstantinopel, 22. April. Die Gerüchte von italienischen Truppenlandungen auf den Inseln im Archipel beschäftigten sich bisher nicht. Nach amtlichen Meldungen aus Tripolis hat der Scheich der Semsi die ägyptischen Banken einen Kriegsfonds von 700 000 Pfund deponiert und wird demnächst mit 150 000 Mann zu Lande bei Sofen. Nach amtlicher Meldung sind vor Benghazi 7000 Desertiere aus dem Sudan eingetroffen.

Neutralität.

Auf eine Eingabe des Kantabundes an den deutschen Reichskanzler, in der auf die wirtschaftliche Schädigung infolge der Dardanellenperre hingewiesen wurde, antwortete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes:

„Auf Ihr Telegramm betreffend Sperrung der Dardanellen erwidere ich Ihnen, daß Deutschland als neutrale Macht sich nicht in den Krieg zwischen zwei Großmächten einmischen kann. Die laizistische Regierung wird sich indessen anlegen sein lassen, zum Schutze der deutschen Interessen die nach Lage der Verhältnisse geeigneten Schritte zu tun.“

Nach einer Meldung aus Konstantinopel sollen übrigens die Dardanellen voraussichtlich schon am Donnerstag wieder für die Schifffahrt geöffnet werden.

London, 22. April. Auf eine Anfrage wegen der Schließung der Dardanellen erklärte Parlamentsuntersekretär Klam in Unterhaus, wenn England sich in seiner Mitteilung an die türkische Regierung das Recht der Türkei anerkannt habe, Maßregeln zur Selbstverteidigung zu ergreifen, habe es doch die Hoffnung ausgeprochen, daß die türkische Regierung eine Möglichkeit ausfindig machen werde, die Durchfahrt durch die Dardanellen für den fremden Handel so bald als möglich wieder zu öffnen.

Prognose der sächsischen Landeswetterverhältnisse für den 24. April.

Nordwestwinde; Zunahme der Bewölkung; Temperatur wenig geändert; kein erheblicher Niederschlag.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

78. Sitzung vom 23. April, vormittags 11^{1/2} Uhr.

Am Regierungstisch: v. Seydewitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Sekretär Kuback (natl.) ein Schreiben des Ministeriums des Innern, wonach eine Verantwortung der von den Abgg. Schwager und Proban (fortsch. Volksp.) eingebrachten Interpellation wegen der Richtbefreiung des Abg. Dr. Roth zum Oberbürgermeister von Jittau solange als nicht anständig bezeichnet wird, als nicht das schwebende Verfahren zum endgültigen Abschluß gelangt ist. Die Begründung des von den sächsischen Kollegien in Jittau eingereichten Rechtsmittels sei beim Ministerium noch nicht eingegangen, wahrscheinlich würden sich umfangreiche Beweiserhebungen notwendig machen. Nach Abschluß des Rechtsverfahrens werde die Regierung bereit sein, die Interpellation zu beantworten.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt Kapitel 78 des ordentlichen Etats

Land-, Landeskultur- und Kleinrenten-Bank

(Einnahmen 80 000 R., Ausgaben 70 043 R.)

Abg. Cypis (kons.) gibt verschiedene Anregungen hinsichtlich einer Erweiterung der Aufgaben der Landeskulturbank und wünscht, daß die Regierung den Kapitalerwerb in eigene Regie übernimmt. Finanzminister v. Seydewitz erklärt, nicht erwartet zu haben, daß heute die Kapitalerwerbfrage angeschnitten werden würde, insoweit er nicht vorbereitet sei, darauf näher einzugehen. Indessen könne er so viel sagen, daß dem Landtag in nächster Zeit ein Dekret über diese Frage vorgelegt wird.

Abg. Dr. Hänel spricht im Sinne seines Fraktionskollegen Cypis und verweist namentlich auf die Verhandlungen und Beschlüsse des Landeskulturrats.

Abg. Fetzner (natl.) ist auch erstaut darüber, daß der Abg. Cypis bei dieser Gelegenheit die Wasserfrage angeschnitten hat. Hierzu würde doch bei Beratung der diesbezüglichen Petitionen usw. ausreichende Gelegenheit sein. Sein Vorbringen und besonders dessen Art hätten den Eindruck erwecken müssen, daß damit den anderen Parteien der Wind aus den Segeln genommen werden sollte. (Lachen rechts.)

Abg. Cypis (kons.) legt Verwahrung dagegen ein, daß es sich bei seinen Ausführungen um ein parteipolitisches Mandat handelte. In einem solchen zu greifen, hätte er um so weniger Veranlassung, als er durch Einbringung einer Interpellation den ersten Schritt in der ganzen Angelegenheit getan habe. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch bei den Natl.)

Abg. Fetzner (natl.) bestreitet, daß Kollege Cypis zuerst die Initiative in der Wasserfrage ergriffen hat, vielmehr habe er (Fetzner) schon in seiner Einrede ausführlich über diesen Gegenstand gesprochen. Die Anregung in der Sache ist also (nach rechts) nicht von Fetzner, sondern von unserer Seite ausgegangen. (Sehr richtig! bei den Natl.; Lachen rechts; Abg. Bittig: Ueber die Kapitalerwerb ist schon vor 12 Jahren in diesem Hause gesprochen worden!) Beweis, aber worauf es uns ankommt, ist, daß in der Sache planmäßig vorgegangen wird. Und in dieser Richtung sind wir vorangekommen.

Nach weiterer Debatte, in der sich die Abgg. Cypis und Dr. Hänel (kons.) auf der einen und Fetzner (natl.) auf der anderen Seite um die Priorität streiten, wird zuerst die Kapitalerwerbfrage auf Tagesordnung gebracht, wie das Kapitel genehmigt.

Präsident Dr. Vogel macht im Anschluß hieran die Mitteilung, daß am Mittwoch und Donnerstag die Plenarsitzungen ausfallen sollen, weil es am Vertagungstag mangelt. Es soll an beiden Tagen feierlich in den Deputationen gearbeitet werden. Außerdem werden am Mittwoch die Mitglieder der Zweiten Kammer, einer Einladung des Kriegsministers folgend, die Arsenalversammlung befehligen.

(Die Verhandlungen dauern bei Schluß der Redaktion fort.)

Dresdner Polizeibericht vom 23. April.

An der Ausmündung der Kurfürstenstraße in den Kurfürstentplatz ließ am Freitag, nachmittags gegen 3 Uhr, ein radfahrerähnlicher Markthändler mit einem Kraftwagen zusammenstoßen, wobei erstere zu Boden stürzte und unter das Vorderteil des Kraftwagens geriet. Der Kraftwagen wurde nach dem Unfallstillstande gestoppt, wo an ihm, außer Hautabrisuren, eine Wundblutung in größerem Umfange an der linken Wade festgestellt wurde.

Am 18. April, gegen 8^{1/2} Uhr abends, hat ein als Fahrrad die ermittelte 19-jähriger Arbeiter aus Terrasener auf einem 20-jährigen unbekanntem Arbeiter ein Fahrrad, Marke Phänomen, Nr. 9633 für 3 R. verkauft. Da das betreffende Fahrrad von einem Diebstahl herrührt, wird der Käufer, um späteren Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, hierdurch ersucht, sich umgehend bei der Kriminalabteilung, Hauptpolizei, Zimmer 39, zu melden.

Aufgefunden wurde im Elbströme eine Frauensperone. Sie ist anscheinend gegen 30 Jahre alt, mittelgroß, hat rote Haare und ist bekleidet mit schwarzem Jackett, grauem Rock, baumwollener Schürze, blau und weiß gestreifter Bluse, edlichem Hutrock und Wadenhemd, welches „J. J.“ bezeichnet ist. Mitteilung über die Verhaftung erteilt die Landzentrale für vermehrte und unbekanntete Teile bei der Königl. Polizeidirektion.

Letzte Telegramme.

„Die unheilvolle Marokkopolitik.“

Paris, 23. April. Der radikale Deputierte Damedonil, der sich auf einer Studienreise in Marokko befindet, hat an den Ministerpräsidenten Poincaré aus Rabat folgende Depesche gerichtet: Ich werde Sie sofort nach dem Wiederzusammentritt der Kammer über die Ursachen interpellieren, die das Massaker und den allgemeinen Aufstand der Stämme herbeigeführt haben. Ferner werde ich Sie über das Vorgehen des Generals Ditté im Tafendort-Gebiete interpellieren. Es ist die höchste Zeit, die unheilvolle Marokkopolitik zu ändern.

Der Figaro gibt die Zahl der bei dem Aufstand in Fez umgekommenen französischen Offiziere, Soldaten und Staatsangehörigen insgesamt auf 118, die der Verwundeten auf 104 an.

Paris, 23. April. Nach den Berichten der Blätter aus Fez kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Aufstand der marokkanischen Soldaten einem wohl vorbereiteten Plane entsprang. Alle Soldaten des Mächten überließen ihre Instruktionsoffiziere, machten mehrere nieder und zogen dann durch die Straßen mit dem Rufe: Der Augenblick ist gekommen, um die Gureyade davonzujaagen. Die Bevölkerung jubelte ihnen überall mit großer Begeisterung zu. Durchlöcher Symen spritzten sich beim Angriff der Marokkaner auf das Haus der französischen Telegraphisten ab.

Stimmung unter den Stämmen.

Paris, 23. April. Aus Tanger wird gemeldet, daß die die scharifischen Mahdiden in Arbana und Sa-el-Arbaar bestelligten Offiziere, Hauptmann Vary und Leutnant Thieret, dringend die Entsendung von 200 oder 300 algerischen Soldaten verlangen hätten, um etwaigen Aufstandsgefahr der scharifischen Soldaten vorzubeugen. Die Bevölkerung jubelte ihnen überall mit großer Begeisterung zu. Durchlöcher Symen spritzten sich beim Angriff der Marokkaner auf das Haus der französischen Telegraphisten ab.

Mehrere Blätter treten nachdrücklich dafür ein, daß weitere Truppen nach Marokko entsandt werden, da die gegenwärtig dort befindlichen Streitkräfte durchaus unzulänglich seien, um in dem ungesicherten Gebiete überall die Aufstände unterdrücken und die Ordnung aufrechterhalten zu können.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

Militärgericht.

Ein seltener Fall. Wegen Beharrens im Ungehorsam und Achtungsverletzung hatte der Soldat Robert Schulze von der 5. Kompanie des 177. Infanterieregiments vom Standgericht des Regiments 27 Tage strengen Arrest erhalten. Wegen dieses Urteils legte der Gerichtsherr, in diesem Falle der Kommandeur des Regiments, Berufung beim Kriegsgericht ein, und zwar, wie aus der Form der Berufungsschrift hervorgeht, zugunsten des Angeklagten. Folgender Tatbestand lag der Angelegenheit zugrunde: Am 7. März gegen 17 Uhr abends befahl ein zum Korporalschaftsführer ernannter Einjährig-Freiwilliger Gefreiter seinen Mannschaften, zum Appell anzutreten. Einer der Soldaten lag eben am Fenster der Stube und beachtete den Befehl nicht sofort. Einer nachdrücklicheren Aufforderung des Gefreiten leistete er dann Folge. Ueber den diesbezüglichen Vorfall von dem Gefreiten hielt sich Schulze, der gerade die Stube austrat, auf und meinte im äblichen Kalementon: „Hall's Maul, schauze nicht so herum!“ Der Gefreite verbot sich diese Anrede, worauf Schulze meinte: „Es hat doch gar keinen Zweck, hier so herumzuschauzen!“ Trotz der mehrmaligen Befehle, ruhig zu sein, murmelte Schulze unverständliche Worte vor sich hin und nahm auch keine militärische Haltung ein. Wegen dieses Ungehorsams erhielt er die oben angegebene Strafe vom Standgericht. Der Gerichtsherr setzte Berufung ein, weil das Gericht in einem Falle zwei Strafgesetze herangezogen und dem Soldaten wegen der Worte: „Hall's Maul, schauze nicht so herum!“ sowohl wegen Verletzung der Achtungsverletzung mit Strafe belegt hatte, während die Richter eigentlich nur nach einem, die größte Strafe ausweisenden Paragraphen, hätten erkennen müssen. Die Berufung war deshalb zugunsten des Angeklagten eingelegt worden. Das Gericht entsprochen dem Rechtsmittel und ermäßigte die Strafe auf 21 Tage strengen Arrest.

Militär-Andenken. Die selbige Angelegenheit, sogenannte Militär-Andenken mit ins Bildleben hinüber zu nehmen, hat einen Soldaten mit tadellosem Rufe, den Reservisten Lehmann, von der 4. Kompanie des 102. Pionier-Infanterieregiments, dem Strafgericht zugeführt. Als lästiger Soldat war Lehmann sogar eine Zeit lang zur Infanterie-Schule nach Spandau abkommandiert gewesen. Bei seinem Abgange hat er verschiedene Militär-Andenken, wie ein Paar Messingknöpfe, Patronen, einen Hochgeschütz-Panzergriff und ein Paar Bederschloß (1) mitgehen lassen. Die Aneignung der Messingknöpfe gibt er in der Verhandlung zu, während er den Panzergriff, die Patronen und die Bederschloß behauptet mitgenommen haben zu wollen. Das Gericht erkannte wegen Ungehorsams und Unterschlagung in zwei Fällen auf 18 Tage Militärarrest.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Wie hat sich ein echter und rechter Schachtmacher gegenüber den Arbeitern und ihren Forderungen zu verhalten.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustriellen ist im Begriff, seine Statuten und seine Kampfesprinzipien gegen die Arbeiterenschaft einer Revision zu unterziehen. Der Ausschussung am 13. Februar 1912 lagen eine neue Fassung der Statuten nach den Wünschen der Statutenkommission und Allgemeine Vorschriften des Gesamtverbandes zur Beratung vor. Welches Resultat die Behandlung der Materie im Ausschuss zeitigte, ist noch nicht bekannt geworden, aber die beiden genannten Entwürfe sind der Metallarbeiterbewegung auf den Tisch gelangt. Die Vorlage über die Allgemeinen Vorschriften entbehrt aus dem Interesse der übrigen Arbeiterchaft nicht, weshalb wir sie hier wiedergeben wollen:

Allgemeine Vorschriften des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen.

1. Forderungen der Arbeitnehmer oder ihrer Organisationen, die grundsätzlich abzulehnen und mit allen Mitteln zu bekämpfen sind:
 - a) Die Forderung auf Abgabe oder teilweiser Freigabe von Werksanlagen zur sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Demonstrationen (Märsche, Wahrscheinensdemonstrationen usw.). Arbeiter, die sich an solchen Demonstrationen beteiligen, sind mindestens drei Tage auszuwerfen. Als Märscher gilt nicht die Arbeitsruhe am 1. Mai, wenn die Freigabe dieses Tages bei einzelnen Firmen aus Arbeitsbedarf oder aus anderen Gründen beruht. Die Entscheidung hierüber hat der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen nach Anhörung des zuständigen Bezirksverbandes zu treffen.
 - b) Die Forderung auf Abschluß von Tarifverträgen. Tarifverträge sind Vereinbarungen, welche zwischen einer Arbeitgeber, einer Gruppe von Arbeitgebern oder einer Arbeitgeberorganisation einerseits und einem Teil oder der Gesamtheit der Belegschaft oder der Arbeitnehmerorganisation andererseits für einen bestimmten Zeitraum abgeschlossen werden und welche ohne Rücksicht auf die Leistungen nach Alter oder Dienstzeit abgestufte Lohnsätze enthalten.
 - c) Die Forderung auf Vereinbarung von Mindestlöhnen, insoweit solche nicht schon vorliegen.
 - d) Die Forderung auf Abschaffung der Affordarbeit oder auf Einführung von Maßnahmen, welche die Befreiung der Affordarbeit herbeizuführen geeignet sind.
 - e) Die Forderung auf Verbotung nicht geleisteter Arbeitszeit über diejenigen Angehörigen hinaus, welche die Infrastruktur dieser Allgemeinen Vorschriften etwa schon gemacht sein sollten.
 - f) Die Forderung auf Abschaffung des Arbeitsnachweises der Arbeitgeber oder auf Einführung des paritätischen, das heißt von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam verwalteten Nachweises.
 - g) Die Forderung auf Entlassung oder NichtEinstellung Arbeitsunfähiger oder sonstiger den Belegschaften nicht genehmer Arbeiter, Vorarbeiter und Betriebsbeamten.
 - h) Die Forderung auf Wiedereinstellung der vom Arbeitgeber aus berechtigtem Grunde entlassenen Arbeitnehmer.
 - i) Die Forderung auf unangemessene Verfürgung der Arbeitszeit.

2. Vorschriften über die Regelung der Verhandlungsfrage im Gesamtverband: a) Bei Arbeiterschwierigkeiten soll auf keinen Fall der einzelne Arbeitgeber mit der Organisation der Arbeitnehmer verhandeln, sondern nur mit seinen eigenen Reuten oder einer Kommission derselben oder dem eigenen Arbeiterausschuß. b) Den Bezirksverbänden bleibt es überlassen, die Verhandlungen für sich nach Lage der örtlichen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der allgemeinen Verbandinteressen zu führen. Im übrigen ist bei Streitigkeiten der Verhandlungsfrage V der Satzung zu verfahren. c) Die Vermittlung von Behörden, Gewerkschaftsgerichten, Gewerbeinspektoren und sonstigen Dritten ist nur mit Genehmigung des Ausschusses des Gesamtverbandes anzunehmen. d) Wenn unter der Abgabe e) angegebenen Mitwirkung Dritter Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen werden, so ist die Formulierung nicht den Dritten zu überlassen.

3. Vorschriften über den Abschluß des Arbeitsvertrages. Grundsätzlich sollen Arbeitsverträge nur mit dem einzelnen Arbeiter oder Gruppen von Arbeitern, und zwar entweder auf Grund der Arbeitszeit oder auf Grund der Qualität und Quantität der Arbeitsleistung und der darauf verwirklichten Arbeitszeit abgeschlossen werden.

4. Vorschriften, betreffend Aufnahme der Mitgliedsfirmen haben die Statuten in der Lieferungsverträge. Die Mitgliedsfirmen haben die Statuten und Aufnahmebedingungen in der Lieferungsverträge mit der Statuten und Aufnahmebedingungen in der Lieferungsverträge zu unterzeichnen. Die Aufnahme dieser Firmen in die beabsichtigten Lieferungsverträge ist anzustreben.

5. Vorschriften über den Arbeitsnachweis. a) Die Errichtung und Ausgestaltung von Arbeitgeber-Arbeitsnachweisen ist von jedem Bezirksverband und vom Gesamtverband zu fördern. Die bestehenden Arbeitsnachweise sollen miteinander in Verbindung gebracht werden. b) Mitglieder des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen dürfen mit dem Arbeitnehmer keine gemeinsamen (paritätischen) Arbeitsnachweise errichten.

6. Vorschriften über Inserieren nach Arbeitern. a) Das Inserieren nach Arbeitern in sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Blättern ist verboten. b) Das Inserieren nach Arbeitern in der Presse bestimmter Orte und Bezirke nach denjenigen Arbeitern, die sich im Streit befinden, ist verboten. c) In Orten, wo Arbeitsnachweise von Verbänden des Gesamtverbandes deutscher Metallindustriellen bestehen, soll deren Vermittlung zur Herausgabe von Arbeitsstellen in erster Linie in Anspruch genommen werden. d) Die Inserate, die in der bürgerlichen Presse für das Anwerben nach Arbeitern freigegebenen Bezirke aufgegeben werden, sind durch die Geschäftsstelle der Verbände darauf zu prüfen, daß sie keinen Zwiespalt unter den Verbänden hervorrufen. Andernfalls ist eine entsprechende Milderung der Annonce zu betreiben. Insbesondere ist zu vermeiden, da ein solches Verfahren nur zu Lohntreibern und Differenzen führt. e) Das Anwerben von Arbeitern seitens der Firmen oder Arbeitsnachweise, um Arbeiter aus Betrieben der streikender oder faststrikender Verbände herauszugelien, ist nicht gestattet.

7. Veranlassung von Verhörungen. Die Veranlassung von Verhörungen, insbesondere die Errichtung von Verhörungsbüroen, ist zu fördern.

8. Abschaffung der Abdingungsstrafen. Die Abschaffung der Abdingungsstrafen ist anzustreben.

9. Gesamtsparung (§ 32, Absatz 4 der Satzung). Die Gesamtsparung soll ohne weiteres eintreten, wenn einschließlich der Streikenden 5000 Arbeitnehmer gleichzeitig acht Wochen lang auf Grund eines einheitlichen Vorgehens ausgesetzt sind.

10. Normalarbeitsordnung. Soweit als möglich hat jeder Bezirksverband eine Normalarbeitsordnung oder Normen für die Arbeitsbedingungen für die Betriebe eines Bezirks aufzustellen, aus denen die Regelung des Arbeitswesens, der Überstunden und ähnliches ersichtlich ist. Ist kein Bezirk so groß, daß eine einheitliche Normalarbeitsordnung nicht anwendbar ist, so kann eine Gruppenstellung vorgenommen und für jede Gruppe eine Normalarbeitsordnung oder Normen für die Arbeitsbedingungen festgesetzt werden. Ein Exemplar dieser Normen ist dem Vorstande des Gesamtverbandes einzureichen. Es ist sehr empfehlenswert, daß der Gesamtverband seine Prinzipien, nach denen er schon bisher gekämpft und zu kämpfen versucht hat, zusammenzufassen hat. Nun haben die Metallarbeiter diese schönen Prinzipien vor Augen, und ihre Organisation kann ihre Taktik danach einrichten.

Aus der Umgehung.

Reisler!
Nachdem sich ein Teil der Reislergefechten in Heidenau organisiert hat und von diesen eine tüchtige Agitation entfaltet wird, sind die Reislermeister ganz aus dem Häuschen.

Mit den größten Schauergerichten wird den Reislergefechten vor der Organisation grüßlich gemacht und allen voran ist der Reislermeister Richter-Heidenau. Der kämpft und rätioniert auf die Organisierten und behauptet, die Führer der Organisation streifen die Beiträge der Arbeiter in ihre Taschen und verprassen die Arbeitergroschen.

Inland.

Die Bluttat in Lünen

Hart noch immer der Aufklärung. Bekanntlich ist dort ein streikender Bergmann in später Abendstunde von dem Vorsitzenden des christlichen Gewerkschaftsvereins Franke erschossen worden. Der Täter wurde auf die Verurteilung hin, daß er in Notwehr gehandelt habe, sofort in Freiheit gesetzt. Und seit der Verurteilung des Erschossenen scheinen die Akten über den Fall schon geschlossen zu sein. Der Verurteilung Franke wird von den Behörden anscheinend unbedingte geglaubt; es gibt aber viel Leute, die anders über die Tat denken. Jedenfalls ist Franke ein Mann, der sich schon oft recht provokatorisch benommen hat, wie ihm öffentlich nachgesagt wird. Doch die Gerichte haben genug mit Streikrüdern zu tun, die mal vor Kell ausgesetzt, die Blut gerufen und die Verurteilung beim richtigen Namen genannt haben.

Der Verdächtige soll noch zwei Begleiter gehabt haben, die flüchteten. Wer sind diese? Man weiß es nicht. Sie wären wohl in der Lage, Franke über den Fall zu schaffen. Man muß aber bedenken, daß nur dem Täter geglaubt wird. Franke hat ja erklärt, er sei auch von den Begleitern bedroht worden. Damit fallen sie als Zeugen fort. Daraus würden sie vermutlich — die ganze Streikliste, wie sie jetzt geübt wird, verdrängt zu dieser Annahme — sofort verhaftet werden, wenn sie sich melden. Und auf das Zeugnis Franke's hat wiederum die Wahrheit im Jahre ins Gefängnis. Das ist die Auffassung der Bergarbeiter, kein Wunder, daß sich die zwei nicht melden. Und somit ist auf völlige Klarstellung der Bluttat in Lünen nicht zu hoffen.

Hirsch-Dundersche und Christliche.

Auf einer Tagung des Ortsverbands Gelsenkirchen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wurde am 8. April nach einem Referat über den Bergarbeiterstreik eine Resolution angenommen, die eine unangenehme Scheidung zwischen Hirsch-Dunderschen und Christlichen in Konsequenz dieses Verlangens die Vereinerung des Abkommens verlangt, das seit ca. Jahresfrist zwischen dem Hirsch-Dunderschen und dem christlichen Metallarbeiterverband besteht.

Diese Ablehnung ist offenbar auf das skandalöse Verhalten der christlichen Bergarbeiter bei der letzten Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zurückzuführen. In Sachsen und speziell in Dresden arbeiten die Hirsche noch immer in uniger Verbitterung mit den Christlichen im nationalen Kartell usw. zusammen gegen die freien Gewerkschaften. Sie haben offenbar an dem christlichen Streikbruch im Ruhrgebiet und anderswo nichts auszusetzen.

Grüßwahn der Streikbrecher.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Von überwältigender Komit sind oft die Verhandlungen gegen die Streikverbrecher. Sogenannte „schwerere Fälle“ von Streikvergehen sind an den Ringeln abzuzählen, dagegen wird das juristische Streikbrecher-Verdichtungsgericht immer reichhaltiger. Fast jeder Tag bringt neue „Fälle“ ans Licht. Hier ein Fall vom Fortmunder Landgericht.

Eine polnische Bergarbeiterfrau brief Kartoffeln in einer Pfanne. Als sie diese zur Abkühlung ans Fenster hielt, wurde sie durch einen kleine Kneten auf der Straße auf vorbeiziehender Streikbrecher aufmerksam. Als die Frau herunter sah, wurde die Pfanne unten sichtbar. Da soll ein Streikbrecher der Frau oben zugerufen haben: „Warte, du Kack, das kommt dir teuer zu stehen!“ Und richtig, der Streikbrecher schloß die Pfanne, und die Pfannefrau wurde in die Anklagebank geschleppt. Dort wunderte sie sich nicht wenig, daß sie nun nicht mal mehr sollte Kartoffeln für sich und die Kinder braten dürfen. Gesagt hatte die Frau kein Wort! Ihr Verbrechen war nur, daß die Pfanne gesehen wurde. Daß der Streikbrecher durch die Verweigerung von allen Seiten der Streikbrecher „einen Himmel“ bekommen, daß sie sich als kleine Herrgötchen fühlen, ging auch daraus hervor, daß der „Beleidigte“ allen Ernstes sagte, warum die angeklagte Frau denn gerade Kartoffeln habe braten müssen, als sie die Pfanne Streikbrecher, von der Schicht kamen! In der Strafammerverhandlung wurde auch festgestellt, unterließ, wieviel Kartoffeln in der Pfanne gewesen seien. Es hält schwer, bei solcher Art Reparatur der Streikbrecher nicht mit einem schallenden Lachen in den würdevollen Ernst der Gerichtsverhandlungen zu plagen. Nachdem der Fall mit den Kartoffel-Verweigerung nach allen Richtungen hin erörtern worden war, wurde der Pfannefrau nach allen Richtungen hin erörtern worden war, wurde gründlich beraten. Man kam zur Verfügung, da erst noch genau festgestellt werden soll, ob der Streikbrecher von einem „Kack“ gesprochen hat.

Lohnbewegungen.

Die Hamburger Hafenarbeiterbewegung hat mit einem dreijährigen Tarifabschluß, der einige Konzessionen an die Forderungen der Arbeiter macht, geendet.

Der Streik der Maurer in Königsberg i. d. Neumark ist mit einem vollständigen Siege beendet worden. Zum erstenmal kam es zum Abschluß eines Tarifvertrags, der zwei Jahre Gültigkeit haben wird.

Der Streik in Angermünde hat noch keine Veränderung erfahren. Am 17. April haben in Werder a. S. die Maurer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit eingestellt. Die Arbeitseinstellung umfaßt 125 Mann. 15 sind bereits bei zwei Unternehmern zu den neuen Bedingungen in Arbeit.

Die Unternehmer in allen größeren Orten des In- und Auslandes suchen Struktateure als Streikbrecher. Hauptächlich ist es Süddeutschland, Wöhmen und Tirol, wo sie die Werbetrömmel rühren. Wir machen alle Bauarbeiter, insbesondere alle Struktateure darauf aufmerksam, daß der Kampf in Berlin ungeschwächt weiter geht und ersuchen deshalb, vor Zugang von Struktateuren nach Berlin zu warnen.

Zur Lohnbewegung der Varmer Schuhmacher ist mitzuteilen, daß die Arbeitsbedingungen ziemlich einheitlich durchgeführt worden sind. 125 bis 130 Gehilfen kommen in Frage. 70 Proz. der Gehilfen sind organisiert. Auch zahlreiche Unorganisierte haben sich dem Kampf angeschlossen.

Im Herbst v. J. hatten die sächsischen Arbeiter in Tilsit die Errichtung einer allgemeinen Arbeitsordnung gefordert, durch die die Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Neuregelung erfahren sollten. Dies war notwendig, weil die Arbeitsverhältnisse jetzt rein willkürlich von den einzelnen Vertriebsleitern festgelegt werden. Die Tilsiter Allgemeine Zeitung veröffentlicht nun eine authentische Mitteilung des Magistrats, die den Anschein erweckt, als ob die Vertriebsleitungen genügend Arbeitswillige hätten. Dadurch sollen die Arbeiter eingeschüchtert werden.

Ausland.

Ächtung, Chauffeurs!

Bei der Firma Hugo Zar, Motorbrückenbetrieb in Jätk, sind Differenzen ausgebrochen. Die dortigen Chauffeurs haben zurzeit in einer Lohnbewegung. Die Firma hat während der Unterhandlungen versucht, in München und in anderen Städten Chauffeurs anzuwerben, um sie eventuell als Streikbrecher benützen zu können.

Der Verband hat deshalb über genannte Firma die Sperre verhängt. Das gleiche gilt auch für die Chauffeursfirma genannter Firma, die in allen Tagesblättern durch Inserate Chauffeursrücker sucht. Wir warnen deshalb davor, während dieser Zeit diese Schule zu benützen.

Zugang von Chauffeurs ist für den Blog Jätk strengstens fernzuhalten.

Parteiangelegenheiten.

Zweierlei Recht in Oldenburg.

In Nordenham im Großherzogtum Oldenburg reichte unser Vertrauensmann bei dem Großherzoglichen Amt ein Gesuch ein, in dem um die Erlaubnis zur Abhaltung eines Tanzabends am 1. Mai gebeten wurde. Nach einigen Tagen erhielt er folgenden Bescheid:

„Die erbetene Erlaubnis zur Veranstaltung einer Tanzabends am 1. Mai d. J. kann nicht erteilt werden, da öffentliche Bälle — Volkshalle und Vereinsballe mit Zulassung von Nichtmitgliedern — regelmäßig nur an Sonntagen, sowie am Neujahrstag, Ostermontag, Pfingstmontag, zweiten Weihnachtstag und Erntedankfest zugelassen werden. Ein Grund, von dieser Regel eine Ausnahme zu machen, liegt nicht vor.“

Natürlich wird in dem angeblich liberal regierten Oldenburg nur Sozialdemokraten gegenüber in dieser Weise verfahren; am 10. April erst hatte ein Gesuch um Erlaubnis der Abhaltung eines gleichartigen Tanzabends erteilt, und im benachbarten Emswarden ist dem dortigen Feuerwehverein gleichfalls die Erlaubnis zu einer ähnlichen Veranstaltung erteilt worden. Dabei hat unser Verein in all den Jahren sich nicht das geringste schuldigen kommen lassen. Bekanntlich ist ja auch für dieses Jahr der im Vorjahr genehmigte Matuzug verboten worden.

Verammlungen.

Stimmenmacher. Am 15. April fand die Vranchenversammlung der Stimmenmacher statt. Kollege Tempel hielt einen Vortrag über: Die materialistische Weltanschauung. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen. Am 1. Juni erhielt sich der Stundenlohn um 2 Pf. und ist die strikte Durchführung der Verbesserung in sämtlichen Betrieben Pflicht der Kollegen. Der Bescheid, den 1. Mai zu feiern, fand einstimmige Annahme. Winkenswert ist punktsicherer Erscheinen der Kollegen; auch konnte die Versammlung besser besucht sein. (Sieg. 20.4.)

6. Kreis. Gruppe Nauhin. Am 16. April fand im Gasthof Wölfnitz eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Genosse Nowolde referierte über: Die Verfassung des Deutschen Reiches. Derselbe erzielte reichen Beifall. Eine kurze Debatte schloß sich an den Vortrag an. Hierauf gab Genosse Nowolde den Kreisbericht. Die Versammlung nahm davon Kenntnis. Den Bericht aus der Kreisleitung gab Genosse Brecher. Die Genossen Kattner und Kottbusch ergänzten noch einiges dazu im Laufe der Debatte. Genosse Kottbusch machte dann auf den Kommerz am 1. Mai im Gasthof Wölfnitz aufmerksam und ersuchte um zahlreiche Beteiligung an der Waise. Genossen Schneider wies auf den Freitag am 12. Mai hin und forderte auf, an diesem Tage nachvoll für das Frauenwohlrecht zu demonstrieren. Weiter gab Genosse Kottbusch noch bekannt, daß am 9. November zum Herbstfest die Bergarbeiter gästieren. Mit einem festlichen Appell, die Waise reichlich zu besuchen, schloß Genosse Kattner die Versammlung. (Sieg. 22.4.)

Neues aus aller Welt.

Ein Meineidprozess gegen einen Offizier.

Berlin, 22. April. Heute begann vor dem Kriegsgericht der 2. Garde-Infanterie-Regiments ein Prozess gegen den nach Berlin kommandierten Leutnant Risch vom Infanterie-Regiment von Hinderlin wegen Meineides. Der Angeklagte wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt.

Ballonunglück.

Berlin, 23. April. In der Nähe von Tatterleben bei Cuedlinburg ging aus noch nicht aufgestellter Ursache vorzeiten nachmittags ein Ballon nieder, dessen drei Insassen auf etwa 15 Meter Höhe aus der Gondel absprangen. Der eine von ihnen, Oberleutnant v. Pälow von 172. Infanterieregiment, trug schwere Verletzungen davon, leichtere der Leutnant Weckel vom 172. Infanterieregiment. Der Ballonführer von der Meper Luftschifferabteilung kam mit einer Verletzung davon.

Grünften.

Bremmerhagen, 22. April. Der Obermatrose Dapp I von der ersten Kompanie der dritten Matrosendivision wurde beim Aufenthalt auf dem Ranglütjensand in der Nähe des Forts Langlütjen von der Flut überrollt und ertrank. Ein Santer des Obermatrosen konnte nur mit Mühe gerettet werden.

Panik im Zirkus.

Lübeck, 22. April. Am Tiergarten Wallerstein überfiel ein königlicher ein Oberwärter, der dem Besot zuwider den Käfig zur Vorbereitung der Vorstellung betreten hatte. Des Publikums bemächtigte sich eine Panik. Erst nach schwerem Kampfe konnte der Wärter der Verleie entziffen werden und wurde schwer verletzt in das Krankenhaus geschafft.

Reisebegründung nach dem Todfall.

Stettin, 22. April. Ein blutige Eisenstuchdram spielte sich

heute Nacht in dem bei Stritz gelegenen Dorfe Winterfeld ab. Der 27jährige Kolonistsohn Ernst Behrendorf besuchte mit seiner Braut, der 17jährigen Koloniststochter Anna Buchholz, ein Tanzergnügen, das im Dorfe stattfand. Hier kam es zwischen den Tänzern zu einem Wortwechsel. Auf dem Heimweg vom Tanzergnügen jag Behrendorf plötzlich einen Rebolter und gab drei Schüsse auf das Mädchen ab. Die Kugel drang dem Mädchen von dem Rücken aus in die Brust und verletzte es schwer. Dann richtete Behrendorf den Rebolter gegen sich selbst; er tötete sich durch einen Schuss in den Mund. Die Ärzte hoffen, das Mädchen am Leben zu erhalten. **Ehedrama.**

Stendal, 22. April. Hier trat die Frau eines Arbeiters nach einem heftigen Streit mit ihrem Mann, der sie in der Stube mit einem Revolver erschossen hatte, in die Strafkammer. Sie wurde freigesprochen.

Rohlenfäureexplosion.
Hirteln, 22. April. Bei den Vorbereitungen zu einem Richtfest in Hirteln im Kreise Grafschaft Schaumburg explodierte eine Flasche Rohlenfäure in dem Festzelt. Ein Mann war sofort tot; drei andere Personen wurden schwer verletzt in dem Krankenhause nach Hirteln befördert, sind aber unterwegs bereits ihren Verletzungen erlegen. Zwei weitere Schwerverwundete befinden sich in Hirteln im Krankenhause. Einzelne Eisenstücke wurden Hunderte von Metern weit geschleudert, eine elektrische Stromleitung zerriss.

Schredenskat einer Mutter.
Glabbe, 22. April. In Glabbe bei Gießen tötete sich die Frau des Bergmanns Becht mit ihren fünf Kindern in das fließende Gießen. Singspielende Bergleute retteten die Frau und drei Kinder; zwei

ertranken. Als Grund zu der grausigen Tat wird eifersüchtiger Jähzorn angegeben.

Im Feuer umgekommen.
Stuttgart, 22. April. Gestern vormittag brannte das Anwesen des Adressbesizers Ott in der Gemeinde Bollsteg vollständig nieder. Im Hause befand sich die 67 Jahre alte Mutter des Besitzers und vier Kinder. Zwei Kinder wurden aus den Flammen herausgeholt. Die Mutter, die sich an den Rettungsarbeiten beteiligte, wollte noch das 5 Jahre alte Kind herausholen. Sie fand jedoch samt dem Kinde den Tod in den Flammen. Der Besitzer ist wegen Verdachts der Brandstiftung verhaftet worden.

Mord und Selbstmord.
Wahn, 22. April. In der Sonntagsnacht fanden in Wahn Kriminalbeamte in der Wohnung des 30jährigen Müllers Schöge das 20jährige Dienstmädchen Käthe mit einer Schusswunde tot im Bett liegen. Nicht weit davon entfernt hatte sich Schöge erhängt. Es scheint sich um einen Mord und Selbstmord aus Gründen der Eifersucht zu handeln.

Eindreher als Weber.
Trier, 22. April. Der Stoffkaufmann Julius Frey wurde beim Betreten seines Bureaus von zwei Diebstahlern welche dort einen Einbruch verübt hatten, überfallen und durch Dolchstiche tödlich verletzt. Den Eindrechern gelang es, zu entfliehen.

Ertrankene Fischer.
Kraschen, 22. April. Während des letzten Sturmes sind sechs Fischerboote getrennt. 25 Fischer sind umgekommen.

Erbeben in Japan.
Kantoninspekt, 22. April. In Chauduman (Wahl Bezirk) in ein heftiges Erdbeben verheert worden. Mehrere Häuser sind eingestürzt. Nicht Personen haben dabei ihren Tod gefunden.

Feuerkatastrophe in Japan.
Jokohama, 22. April. Heute nacht sind durch Stofffeuer und Sturm, die vier Stunden andauerten, 2000 Häuser der Stadt zerstört und 100000 gerettet worden. Es wurden Truppen vom 50. Regiment zur Hilfeleistung aufgeschoben. Die größeren Dauten sind gerettet. Matsumoto ist eine Stadt auf der japanischen Insel Jaso in der Provinz Kogano und hat etwa 60000 Einwohner.

Briefkasten.
O. P. Dresden. 1. Ja. 2. Sie müssen es veruchen.
Caution 4 R. für den Wollschreiber Reuben Richter, Ober-Soldat.

Victoria-Salon
Gastspiel:
Gräfin Wolf-Metternich.
Ferner: Fern-Lenkballon u. a. m. - Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel: Künstler-Ensemble.

Voranzeige!
Der erste grosse

Reklame-Verkauf
beginnt Freitag den 26. April.
Beachten Sie bitte die Donnerstag erscheinende Beilage.
Kaufhaus Julius Caspar
Dresden-Neustadt, Hechtstrasse 14.

Soeben erschienen:
Maifest-Zeitung 1912
Preis 10 Pfennig.
Zu beziehen durch die Austräger der Volkszeitung und durch die Volksbuchhandlung, Gr. Zwingerstr. 14

Billige Butter!
Es ist ein großer Preissturz eingetreten, deshalb mache ich meiner wertigen Kundenschaft bekannt, daß ich durch guten Beschluß wie im vorigen Jahre auch jetzt in der Lage bin, was man wirklich feine Butter nennt, das Pfund für 1.30 M. und das Stück für 65 Pf. zu verkaufen.

Oskar Tischer
Große Brüdergasse 31, nahe Postplatz.
Ein grosser Posten **Sofabezüge** in glatten und gepresstem Plüsch, Moquettés, Cuteline usw. Große Auswahl in Tischdecken und Partieren in Filz, Tuch, Plüsch und Leinen. **Steppdecken** Maschinen- und Handarbeit, zu enorm billigen Preisen bei **Kupfermann** Dresden, Pillnitzer Str. 14, 1. Kein Laden!

Herren-Wäsche
Krawatten, Blaue Anzüge faul man am billigen bei **E. Köhler, Am See 12**

Frauen
gebrauchen bei Störungen. **Perioden-Pulver** Schachtel 2.50 M. Prospekte gratis **Frau Hennig, Am See 24**

Nur Große Brüdergasse 11, 2.
Eingang Caergasse, verl. stauend billig herrschaftl. getr. H. u. D. **Schuhe Kleider, Wäsche Betten.** Gebrock- und Smoking-Anzüge. **Gewähr 10 Proz. Rabatt. Sonntags ab geschlossen.**

Mutterspritzen
mit 2 Kanülen von 1.75 M. an. Epulfannen, Reibbinden, Wundstrickpulver, Verbandbind. u. dgl. **Frauen-Artikel** Assortiert erhalt. Auf Best. 10 Proz. Rabatt. **Frau Heusinger** 377 Am See 37 377 **Erster Laden vom Dipnoldiswaldaer Platz.** Genau auf Namen und Hausnummer achten

Gute, getragene Herren- u. Damen-Kleider aller Art, von einfacher bis feinsten Ausführung **verkauft** zu sehr billigen Preisen. **L. Dresdner Spezial-Kleider-Magazin** nur Töpferstraße 1, 1. Et.

Strohhut-Näherinnen
auf große Posten bei höchsten Löhnen in und außer dem Hause sofort gesucht. **Kranz & Töpfer, G. m. b. H., Strohhutfabrik, Pillnitzer Str. 6.**

Zigaretten-Arbeiterinnen
für ohne Mundstück, nach Gürtelarbeit, in dauernder Beschäftigung per sofort gesucht **Tabak- und Zigarettenfabrik „Sulima“** Dresden, Chemnitz Strasse 4b.

Konsumverein für Kötzschenbroda u. U.
Den geehrten Bewerbern zur Nachricht, daß die **Lagerhalterstelle** befreit ist; für die Bewilligungen besten Dank. **Die Verwaltung.**

Grosser Posten ca. 100 Herren-Jackentanzüge, zurückgelegte Wäster. Nur beste Stoffqualitäten in pa. Ausführung. Verkauf direkt an Einzelne für die Hälfte der sonstigen Preise. **Berrenbergerstr. 6 - Eingangsloser Schloßstraße 6, 1. Etage**

Leere Stube zu verm. Glasbitter Straße 98, 2. N. **Kindertwagen** zu verkaufen **Wittenhauserstr. 74, 3. 1.** Sportliegewagen, Kinderklappstuhl, beides gut erhalten, zu verkaufen. **Böhme, Werdnerstr. 24.**

Auf Kredit!
Möbel u. Polsterwaren Herren- u. Damen-Konfektion Kinderwagen Wäsche + Federbetten Anz. v. 3 M. Woche 1 M. an. **Kredithaus Miersch** Marienstr. 13, 1. u. 11. gegenüber Drei Raben. **Damenrad** billig zu verkaufen **Schönauer Str. 75, p.**

Neu! Nebenverdienst
täglich 2-6 M. durch Verkauf mit nur 10 Pfennig Sozialden, Stimmen- und Wandtaschen der Wahlen 1907/12. Jeder Genosse ist Käufer. **K. M. Müller** geg. Einzahlung von 10 Pf. in Partien. „rang“ treu. **Mühlberg, Götzenhofstr. 21**

Turnverein Jahn, Dresden-Neustadt
Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß Sonntag früh nach kurzem Leiden die Turngenossin **Johanna Ringel** verschieden ist. Wir werden ihr stets ein freundliches Andenken bewahren. Um zahlreiches Gedei bittet **Der Vorstand.** Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 1 1/2 Uhr vom Trauerhause, Oppelstraße 38, aus auf dem St. Pauli-Friedhofe statt.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treuer, geliebter Vater lieber Bruder, Schwager und Onkel **Karl Richard Weichelt** Chauffeur in der Glashüttenfabrik Döhlen, am Montag den 22. April früh 9 1/2 Uhr nach kurzem, schwerem Leiden an Lungenerkrankung im 45. Lebensjahr verstorben ist. - Die Einäscherung erfolgt Donnerstag den 25. April nachmittags 3 Uhr im Krematorium in Tolkwitz. - Einem letzten Wunsch des Verstorbenen gemäß wird Blumenkranz dankend abgelehnt. Dies zeigen in tiefer Trauer an **Döhlen, Anna vert. Weichelt nebst Kindern** Juchst. 100k. **Emilie vert. Weichelt als Mutter** Gebrüder Weichelt und Angehörige. Dresden, Waldenburg i. S. S. L. Berlin.

Herzlichsten Dank.
Für die Beweise der Liebe und Freundschaft bei der Beerdigung meines lieben Gatten, unseres guten Vaters sowie für den reichen Blumenkranz und das ehrenvolle Geleit zu letzten Aufschüttung sagen wir hierdurch unseren innigsten Dank. **Die trauernde Gattin Elisabeth Franz nebst Kindern.**

Erfindung
d. d. Massenartikel, neu und konkurrenzlos, gleich welcher Sprache, sofort gesucht. **Ingenieur Wagner** Berlin-Schlesienberg, **Immer 12, 1** **Streu d. S. - Zitat - alle 10** zu verm. **Seidestraße 11, IV. L.** **Mod. Kinder- u. Klappwagen, werb. best.** **Seidestr. 19, 11.**

Reichssta... das Ergebni... Reforts. M... unmittelba... Situation... wie gewis... unferen W... dieser Geb... dafür zeug... gekommen... stimmung... Gelüsten... gewungen... rechts). Ein... Zweide und... zur Abweh... unferer St... jenigen, die... verhältnis... Herzen Euro... schaft ist. (b... breiten sich... zweifellos b... dem Konfuz... Konfliktum... Gerichte, die... Patriotismus... die nötigen... Wandel und... zung einer G... links). Aber... geplant, son... Kinderheiten... links.) Die... Nützung der... Wohlfahrt in... unferer Wel... Bundesgenos... nalen Frage... diesem Kauf... Vaterlandsli... tendiger Mi... der Reichssta... das, was für... nicht erreicht... schließungen... Nur au... jetzt schon... wand hat da... der Reichssta... Wo ist er... ohne die Mi... Arme ist ja... rechts und... der Verantw... frage auf... den verbünd... für notwend... neuen Leibe... und im Her... Die öffent... turtz mänge... legen, daß d... Iraten: Wa... schaftstheuer... Millionen, M... Mann man... Millionen b... herein zu u... bei der Krit... mögungen d... Steuer nicht... haben auf... tragen aus... und weil w... bezüglichen... hat mit h... sozialdemokr... gibt und die... katen: Weir... dem einen a... deren Regier... geben, son... eine Wajort... rung unter... gerade in d... feit herrsch... die bürgerlich... darunter les... Kapitel geb... haben die B... sah treu die... der Linken... die Verbsch... doch kein w... die national... pifist wird... Das hoch i... Kämpfe dab... witzungssoo... Ausbau der... forderung u... das Weg d... Stützungen... Durch die... einen neuen... tion. Eine... dient nur... Teufelsand... würde, wird... seit unferer... höchsten G... Vorlagen n... landsliebe, I... werden. (S... Bruchst... des Jahres... den Geisler... Dauer nicht... der militäri... lion führe... Gerecht und

und in einen Krieg hineinführen lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Wahlkampf hat gerade die Frage unserer Leistungen, die Frage des Imperialismus, die Frage eines Krieges eine große Rolle gespielt, und überall haben unsere Redner jubelnde Aufnahme gefunden, wenn sie sich mit aller Schärfe ausdrücken gegen einen Krieg und gegen weitere Kämpfe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings gibt es eine Minderheit auch im Deutschen Reich, die zum Krieges hegt, aber diese Herren haben politisch dem Reichstagler sehr viel näher als uns. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstagler wird ja auch die Rechte der Schwerindustrie verteidigen und wissen, welcher Chouvinismus sich dort breit macht, wie immer die Kriegskompetenz gehalten wird. Mit einer geradezu himmelschreienden Gemütslosigkeit wird von diesen Herren immer wieder zum Krieges gehetzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn also der Reichstagler verhalten will, daß eine kleine Minderheit das Volk in den Krieges stürmt, sollte er sein Augenmerk richten auf die geradezu gemeingefährliche Tätigkeit des Parlamentes und des Reichstages. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem gibt es noch eine kleine, aber einflussreiche Gruppe von Junkern, die durch Kalkulation geleitet werden, die gern in einem kriegerischen Krieg Vorarbeiten ernten wollen und Stellen für ihre Söhne. Diese Vorlage liefert den Herren Reichstagler, daß die Regierung sich ins Schlepptau nehmen läßt von diesen Schwerwägern und Kriegesstreibern. Die Regierung sollte schon deshalb für eine Einschränkung der Leistungen im deutsch-französischen Krieges in den Leistungen erdrückt wird, und weil die Leistungen eines Weltkrieges, der dadurch in gefährliche Höhe gerückt wird, so gewaltvoll sein würden, wie es selbst die Phantasie eines Dichters nicht ausmalen könnte. Im vorigen Jahre sind 11 000 Mann für die Heeresvermehrung bewilligt, in diesem Jahre sollen es 20 000 Mann sein, das sind bereits 40 000, außerdem soll das Personal der Flotte vermehrt werden. Rechnen Sie dies Personal, wie es bis zum Jahre 1920 nach der Vorlage komplett sein soll, hinzu, zählen Sie hinzu die Sold der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, so kommen wir auf einen Jahresumsatz von etwa 84 000 Millionen. Diese Zahl wird auf die Dauer auch für das nächste Jahr zu stehen. Und was wird, wenn es zum Krieges kommt? Die Ausgaben werden sich eine Vervielfachung davon machen, was ein moderner Krieg bedeutet. Es hat vor kurzem in Versailles in einer Verhandlung unter dem Vorsitz des Oberlandespräsidenten Dr. Vierhaus ein Hochschätzung von vierzig Milliarden für den deutsch-französischen Krieges bei einem Konventionenstand von 2 Millionen herausgerechnet, wobei fünfzig Millionen für den Krieges und ein Drittel auf die Summe von 18 Millionen Mark täglich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Summe ist noch viel zu niedrig. Wenn wir die Kosten der Flotte hinzurechnen, so kommen wir über auf 25 Millionen und mehr pro Tag. Wenn gegenüber der Veranschlagt gemacht wird, den Krieges mit 200 Millionen zu vermeiden und einen Friedensstand von 250 Millionen zu schaffen, so sind das bei den Herren, die jeder Tag eines fünfjährigen Krieges veranschlagt, einfach Tropfen auf einen heißen Stein.

Reichstagler, die Kosten für Militär und Marine auf den Kopf der Bevölkerung seien in Deutschland nicht groß. Man muß eben in Betracht ziehen, auf welches Einkommen diese Kosten fallen, und da kann man Deutschland nicht mit England vergleichen, das eine starke Erbschaftsteuer hat, und wo Einkommensteuer erst vom Einkommen von 3000 M. abwärts wird. Die gegenwärtige Vorlage trägt den Keim zu weiteren in sich. Immer lauter meldet sich auch der Nationalismus, für den man eine Nationalpension angeregt hat. In solchen Fällen nimmt man von Juden, Christen und Heiden, von Arbeitern, Handwerkern und Kaufleuten, die nicht gut sein können, wenn der Ringelbeutel herumgeht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei patriotischen Reden preisen die Herren ihre Vaterlandsliebe, wenn sie aber in die Tasche greifen sollen, verhalten sie eine „Spende“. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gegen die Vorlagen werden wir wohl allein stimmen, denn auch die Liberalen werden, wie die „Liberale Korrespondenz“ hervorgehoben hat, nur noch auf eine neue Begründung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und Gründe sind ja billig wie Brombeeren. Mit was für ähnen Schärfe hätte ein Eugen Richter diese Vorlagen bekämpft. (Lachen.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einem liberalen Blatt hat ja Oberleutnant von Wartenleben ausgeführt, daß die deutschen Staatsbürger neue Hunderte von Millionen hergeben sollen, nur damit neue glänzende persönliche Geschäfte gemacht werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber auf die fortschrittliche Volkspartei wird er wohl nicht überzeugend wirken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ein großer Teil des Mittelstandes ist ja auch von dem imperialistischen Traum ergriffen; aber das Erwachen wird ein schmerzliches sein. Die Sozialdemokraten verlangen nicht eine Steigerung des Heeres, sondern vermehrte Fürsorge für die Mannschaften, vor allem die geistliche Verbesserung der Mannschaften. Die Regierung hat versprochen, diese Forderung gleichzeitig mit der Vorlage durchzuführen. Jetzt will sie sie aber auf das nächste Jahr verschieben. Wird dann aber nach derselben Reichstagler und derselbe Reichstagssekretär hier sein? In der „Volk“ wird ja bereits Sturm gegen diese „sozialdemokratische“ Forderung geblasen, weil die Soldaten ihre erblichen Löhne ja doch nur in vier umsetzen würden. (Hört! hört! links.)

Neber die Deduktion macht die Regierung sich wenig Sorgen. Sie will die Ueberhöhe nicht zur Schuldentilgung verwenden, und meint weiter, sie werden auch in den nächsten Jahren so erheblich sein wie jetzt. Freilich soll auch sparsam gewirtschaftet werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das wird nach der Ausführung des Krieges- und Marinebudgets wohl niemand glauben, und doch im jeder politische Abschwärze. Wenn aber wirklich die Ueberhöhe ausreichen, so kommen sie doch aus den Erträgen der Zölle und Steuern, so daß auch hier wieder mit der Deduktion der Ueberhöhe, die Reichen gesondert bleiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen sollten die Ueberhöhe zur Herabsetzung der Salzsteuer, zur Verringerung der Hundsteuern dienen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch bei dem sogenannten Deduktionsgesetz, dem Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung des Branntweincontingents, ist es ganz zweifellos, daß durch Erhöhung des Spirituspreises wiederum eine Belastung des Publikums eintreten muß; also auch hier ist es der Konsum, der von neuem belastet werden soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie Sie aber auch zu der Vorlage stehen, so werden Sie doch anerkennen, daß sie nicht über die Sinne gebrochen werden kann. Sie nach dem Wunsche der Regierung, die Leistungen zu verabschieden, hieße für den Reichstag, sich von seiner Würde etwas vergeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag sollte sich öffentlich nicht in einer gottgewollten Abhängigkeit vom Reichstagler; er ist seine „nachgeordnete Behörde“ und hat sich dem ihm keine Direktiven geben zu lassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es versteht sich für uns von selbst, daß wir keine Steuern auf Vorrat bewilligen werden, aber dafür muß gesorgt werden, daß nach dem Ausfall der jetzt auf dem Papier stehenden Ueberhöhe die Kosten der Militärvorlage nicht wiederum durch neue indirekte Steuern gedeckt werden. Man will wiederum durch neue indirekte Steuern abwarten, in dem die demütigenden Zeitpunkte abwarten, in dem die demütigenden Zeitpunkte abwarten. Wir werden auch nach dieser Richtung auf dem Hofen sein und dafür eintreten, daß für die Mannschaften gefordert wird, daß die Ueberhöhe für Aufhebung der drückenden indirekten Steuern verwandt werden, und daß endlich die Ehrenschuld an unsere Veteranen abgetragen wird. Wir werden dafür sorgen, daß keine neuen indirekten Steuern zu diesem Zweck eingeführt werden. Im übrigen ist es unsere Aufgabe, überall, wo wir es können, maßvoll zu demonstrieren gegen alle Kriegesabenteuer und Kriegesstreiberien und einzutreten für den Frieden. Die deutsche Sozialdemokratie ist in diesem Streben einig mit der Sozialdemokratie aller Länder. In allen Ländern wird die Sozialdemokratie im gleichen Sinne. So wird endlich an die Stelle einer Demokratie im gleichen Sinne und Völkerverehrung eine Politik der Gewalt, der Unterdrückung und Völkerverehrung eine Politik der Freiheitlichen, friedlichen Entfaltung aller Nationen treten! (Lobhastiger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Da die Vorlage durch die Vernehmung der Mannschaften jeden einzelnen Staatsbürger persönlich befaßt, muß sie sehr genau geprüft werden. Der Kriegesminister hat das Bedürfnis nicht nachweisen können. Erst wenn er uns in der Kommission von der Notwendigkeit überzeugt haben wird, werden wir gern der Vorlage zustimmen. Für die Lasten tragen nicht wir, sondern die politischen Verhältnisse die Verantwortung. Erst nachdem der Kriegesminister die ausführliche Entwicklung der Finanzen gesehen hat, ist er mit den Mehrforderungen gekommen. (Lachen links.) Wir wünschen die Erhöhung der Mannschaften schon vom 1. Oktober ab. In den Kasernen muß die Religiosität gepflegt werden. (Beifall rechts und im Zentrum.) Wollen die Sozialdemokraten die Verteidigung des Vaterlandes, dann müssen sie auch die praktischen Konsequenzen ziehen. Der Redner erklärt, daß die Flottenforderungen für strategisch gerechtfertigt und führt aus, daß Vermuth mit fünfzig Millionen, bis auf eine Differenz von 24 Millionen, auf die es nicht ankommt. Wir können ruhig mit einem weiteren großen Steigen der Reicheinnahmen rechnen.

Abg. Herzog (Ant.): Wie mahnen eine solche Kritik an der Rede des Kriegesministers, wie sie Abg. Haase geübt hat, nicht an, denn wir haben Vertrauen zur Heeresverwaltung. Als Deduktion empfehlen wir die Mehrwertsteuer und eine Doppelversteuer. (Beifall rechts.)

Dienstag 1 Uhr: Weiterberatung.
Schluß 8 1/2 Uhr.

Sächsischer Landtag.

11. Nummer.

75. Sitzung vom 22. April, nachm. 4 Uhr.

Am Regierungstische: v. Otto, Blythum, v. Seydewitz. Das Haus verhandelt zunächst über Kap. 29 des ordentlichen Etats, Landtagskosten (Einnahmen 3700 M., Ausgaben 400 138 M.). Abg. Dr. Roth (National. Volksp.) erläutert längeren Bericht.

Abg. Dr. Kühnel (konf.) berichtet über den Stand der Landtagsarbeiten. Der gegenwärtige Landtag hat bereits eine große Arbeitsschleife erledigt, eine große Arbeitsschleife ist aber noch zu erledigen. Wie sehr der gegenwärtige Landtag mit Arbeiten überhäuft ist, zeigt eine kleine Statistik. Während der Landtag 1909/10 nur 32 Dekrete zu erledigen hatte, sind dem gegenwärtigen bereits 47 zugegangen. Die Zahl der eingehenden Gesetzentwürfe ist gestiegen von 17 auf 29, die selbständigen Entwürfe von 31 auf 39, der Interpellationen von 6 auf 18 und die Zahl der Petitionen von 1147 auf 2226. (Beifall links, hört.) In der Session 1909/10 waren bis zum selben Zeitpunkt nur keine 65 Plenarsitzungen abgehalten, diesmal beträgt deren Zahl aber schon 75. Die Zahl der Deputationsleistungen beträgt diesmal 24, gegen 210 im letzten Zeitraum von zwei Jahren. Das sind diesen Zahlen genügt Referenzen über das hinausgehende von Landtagsarbeiten in selbstverständlicher. In der Finanzdeputation A liegen die Dinge so, daß von 110 Kapiteln 15 noch nicht in Angriff genommen sind, von 10 Kapiteln sind die Berichte noch unvollständig und bei weiteren 8 bis 10 noch nach Aufklärung bedürftig, konfirmatorische Verhandlungen notwendig. Über den Stand der Arbeiten in den übrigen Deputationen wird auszuführen, erachte ich mich nicht für beauftragt, da es nicht möglich ist, aus Anlaß verschiedener Verhandlungen einige anstehende Worte zu geben.

halmisse völlig verändert. Deshalb wird auch das Industrieland Sachsen nicht umhin können, dieselben Einrichtungen zu treffen, die bereits lange in Preußen, Bayern usw. bestehen.

Das Kapitel wird hierauf genehmigt und im Anschluß in die allgemeine Vorberatung über Dekret Nr. 46 betreffend den Gesetzentwurf wegen

Abänderung des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung eingetreten.

Abg. Kleinbempel (nat.) ersucht, die Fürsorgeerziehungsanstalten nicht zu luxuriös auszugestatten und ersucht die Regierung um Auskunft, ob die jetzigen Verpflegung in den Staatsanstalten erhöht werden sollen. Nach seiner Ansicht seien sie schon hoch genug. Der Staat sollte auf Erziehung der Generalkinder verzichten, damit eine bessere Erziehung der Bezirkskinder verbunden werde. Redner beantragt, falls die Regierung die Anfrage beantwortet, die Vorlage in sofortige Schlußberatung zu nehmen.

Minister des Innern Graf Bismarck: Die Staatsregierung hat nicht die Absicht, die Verpflegung in den Staatsanstalten zu erhöhen.

Abg. Dr. Schanz (konf.) teilt dafür ein, daß den Bezirksverbänden die Verlegung eigener Anstalten erleichtert werde, daß man sie aber nicht zwingen sollte, solche Anstalten zu errichten.

Abg. Dr. Roth (National. Volksp.) äußert einige Bedenken gegen Artikel 2 des Dekrets, nämlich aber in der Hauptsache der Vorlage zu.

Abg. Müllig (Soz.) betont, daß die äußerste Linke nur mit Rücksicht auf die Geschäftsstelle des Hauses dem Antrage auf sofortige Schlußberatung der Vorlage nicht widerspricht, obgleich in dem Dekret verhandelt zu vermissen sei. Das Dekret erweist den Einbruch daß wie bei der Kassenfürsorge so auch bei der Fürsorgeerziehung nicht nach erheblichen Gesichtspunkten verfahren werden soll, sondern wie es am billigen gemacht werden kann. Es besteht auch die Gefahr, daß viele Fürsorgeerziehlinge als billiges Gemüse für die Landwirtschaft mißbraucht werden. In der Fürsorgeerziehung wird die Ernährung dafür gegeben, was in Bezug auf vorangehende geistige und körperliche Jugendfürsorge verdammt worden ist. Die Fürsorgeerziehung ist nicht anders als eine bestimmte Art von Armenfürsorge. Wir müssen uns auch dagegen wenden, daß die Fürsorgeerziehungsanstalten im Kassen- oder Buchhalteramt errichtet werden. Sie vermissen sind im Dekret auch die Angaben darüber, wer die Kosten der Verpflegung zu bezahlen sind und welche Erfahrungen man aus diesem Gebiete in anderen Bundesstaaten gemacht hat. Falls die Regierung heute diese Anfragen nicht beantworten kann, geben wir der Erneuerung Ausdruck, daß sie ihnen nächstens nachgehen wird.

Abg. Kleinbempel (nat.): Wenn der Vorredner den bürgerlichen Parteien habe vorerzählt habe, so frage er ihn, was denn die Sozialdemokraten in dieser Beziehung schon getan habe. Die Sozialdemokraten lagern in vielen Fällen mit ihren Bestrebungen auf Untergrabung der Autorität geradezu die Fürsorgeerziehung. Zur Erziehung gehört die Arbeit.

Abg. Müllig (Soz.): Jedenfalls muß die Arbeit erledigt sein, wenn sie ein Erziehungsmittel sein soll. Die Ausbildung zum landwirtschaftlichen Gelehrten kann nur zwar erledigt sein, sie kann aber auch zur Ausbeutung führen. Deshalb ist es notwendig, daß in den Erziehungsanstalten auch die pädagogischen Grundzüge beachtet werden. Wenn der Abg. Kleinbempel erregt hat, was denn die Sozialdemokratie an vorangehenden Jugendfürsorge schon geleistet hat, so ist darauf zu verweisen, daß alles was bisher in Sachen des Arbeiterfortschrittes geschehen ist, von unserer Seite gefordert worden ist. Und wenn weiter behauptet werden ist, die Sozialdemokratie untergrabe die Autorität und trage dadurch zur Fürsorgeerziehung bei, so ist darauf zu erklären, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihren Lehren Schuld am Kinderelend ist, und da die Sozialdemokraten den Staat vertreten, ist ihnen eben jedes Mittel recht, um uns zu vertheidigen.

Das Dekret wird sodann unbeschadet der Vorlage, und zwar einstimmig angenommen; die hierzu vorliegende Fiktion der sächsischen Kollegen wird dadurch für erledigt erklärt.

Weiter beschließt die Kammer, sich durch den ihr mittels Dekrets Nr. 8 vom 7. November 1911 vorgelegten Bericht über die Verwaltung der Landes-Brandversicherungsanstalt in den Jahren 1908 und 1909 für befriedigt zu erklären.

Es folgt der Antrag Wilhelm Mangler und Genossen auf Verlegung eines Gesetzentwurfs wegen

Schaffung einer Zentralstelle zur Prüfung der Pläne für kinematographische Vorrichtungen.

Partelangelegenheiten.

Freigabe des 1. Mai für sächsische Arbeiter.

Gegen die Stimmen des Zentrums beschloß der Reichstag, den sächsischen Arbeitern, die sich drei Tage vorher melden, am 1. Mai freizugeben.

Seinen Austritt aus der Partei

Sat jetzt in Solingen das bisherige Parteimitglied Löwenthal erklärt, daß kurzlich bei dem Schiedsgericht gegen Hildebrand als dessen Beihelfer mitfungierte. Löwenthal ist ein junger Mann, von Beruf Gärtner und in Solingen erst seit circa einem Jahre wohnhaft. Bei dem erwähnten Schiedsgericht wurde festgestellt, daß er seit dem Herbst in der Redaktion des Generalanzeigers in Solingen tätig ist, was mit dem bekannten Beschluß des Dresdener Parteitag über die Mitarbeit an der bürgerlichen Presse in Widerspruch steht. Er hat jetzt aufsehend selber die Konsequenz aus dieser Tatsache gezogen. Er begründet seinen Austritt allerdings damit, daß er sich mit Hildebrand solidarisch erkläre und es für nutzlos halte, sich unter den vorliegenden Umständen den Aufregungen eines Ausschusses auszugeben.

Vom Kampffelde der Partei.

Genosse Hans Deifel von der Bergischen Arbeiterstimme in Solingen trat eine 6 1/2 monatige Gefängnisstrafe an, die er sich als Verantwortlicher unseres Organs zugezogen.

Öffentliche Einladung.

Der Erste Staatsanwalt Schmidt zu Görlitz hat den Geschäftsführer der Wiener Volksbewegung, den Genossen Heilmann, zum 1. Mai vor die Strafkammer zu Görlitz geladen, um sich dort wegen der vom Staatsanwalt konfiszierten Hefte der „Mühlbacher“ und des Pöschelschen Werkes Die Wiener Revolution von 1848 zu verantworten. Nach den Bemerkungen unserer österreichischen Parteiblätter zu schließen, scheint der Wiener Genosse nicht die Absicht zu haben, die Kaiserin im Görlitzer Landgerichtsgebäude zu begehen.

Das Rennen in Dresden macht

Tymians Thalia-Theater

Görlitzer Str. 11. Telefon 4200. 11 Uten 6 und 1

Am 1. Mai ist ein Programmwechsel. Sonntag von 11-1 Uhr

Die Hefen des 1. Mai. Donnerstag 8 Uhr. (20 u. 30 Pl.) Nachm. 4 Uhr

Am 1. Mai ist ein Programmwechsel. Sonntag von 11-1 Uhr

Die Hefen des 1. Mai. Donnerstag 8 Uhr. (20 u. 30 Pl.) Nachm. 4 Uhr

Am 1. Mai ist ein Programmwechsel. Sonntag von 11-1 Uhr

Die Hefen des 1. Mai. Donnerstag 8 Uhr. (20 u. 30 Pl.) Nachm. 4 Uhr

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Dresden-Cotta

Fr. K. Korn, Bäckereimaster. N. Anke, Brot u. Feinbäckerei. A. Goldschmidt, Feinbäckerei.

Dresden-Löbtau

H. Bach, Meiereiprodukte. W. Böhme, Kalkbrennerei. A. Böhme, Kalkbrennerei.

Dresden-Plauen

A. H. Plauen, Feinbäckerei. R. Reicher, Feinbäckerei. C. Reicher, Feinbäckerei.

Dresden-Striesan

M. Scharf, Feinbäckerei. H. Zwickler, Feinbäckerei. W. Zwickler, Feinbäckerei.

Dresden-Striesan

J. Müller, Feinbäckerei. H. Zwickler, Feinbäckerei. W. Zwickler, Feinbäckerei.

Dresden-Striesan

J. Müller, Feinbäckerei. H. Zwickler, Feinbäckerei. W. Zwickler, Feinbäckerei.

Dresden-Striesan

J. Müller, Feinbäckerei. H. Zwickler, Feinbäckerei. W. Zwickler, Feinbäckerei.

Dresden-Striesan

J. Müller, Feinbäckerei. H. Zwickler, Feinbäckerei. W. Zwickler, Feinbäckerei.

Erscheint 3mal wöchentlich.



Alkoholfreie Getränke

Adler-Apotheke, Schillerstr. 1. Anker-Apotheke, Schillerstr. 1. Götterbühnen, Schillerstr. 1.

Apotheken

Adler-Apotheke, Schillerstr. 1. Anker-Apotheke, Schillerstr. 1. Götterbühnen, Schillerstr. 1.

Automaten

See-Automat

See-Automat, Neu-Ecke-See. See-Automat, Neu-Ecke-See. See-Automat, Neu-Ecke-See.

Bäcker u. Conditoren

B. Bergmann, Oberraden 1. C. Bismarck, Oberraden 1. C. Bismarck, Oberraden 1.

Aug. Kretschmar

Aug. Kretschmar, Pöppelstr. 1. Aug. Kretschmar, Pöppelstr. 1. Aug. Kretschmar, Pöppelstr. 1.

Oskar Neubert

Oskar Neubert, Pöppelstr. 1. Oskar Neubert, Pöppelstr. 1. Oskar Neubert, Pöppelstr. 1.

Bandagen, Gummil., Krank-Bedarf-Artik.

B. Straube, Pöppelstr. 1. B. Straube, Pöppelstr. 1. B. Straube, Pöppelstr. 1.

Beerdigungsanst. S. gm.

D. Baumbach, Pöppelstr. 1. D. Baumbach, Pöppelstr. 1. D. Baumbach, Pöppelstr. 1.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Dresden-Stadt.

Fahrräder, Nähmasch.

Max Förster, Dürrenstr. 17. Eberhard, Speyerstr. 14. R. Hantsch, Speyerstr. 14.

Bierbrauer., Bierhidp.

Jul. Wende, Bautzenstr. 1. P. Winkler, Metzgerstr. 7. M. Röhler, Tafelbergstr. 10.

Trinkt Bier aus der National-Brauerei

Echt Mönchener Eberl-Bräu

Echt Mönchener Eberl-Bräu, mit Prälmen-Bons. Oberst erhaltlich. Polnisches Brauhaus. Spezialität: Einfach-Bier.

Reisewitzer Biere tip-top!

Reisewitzer Biere tip-top! Oscar Biella. Or. Brödergasse 11. (Laden) Bismarckstr. 11. (Laden) Bismarckstr. 11.

Büch., Besen, Scheuert, etc

Büch., Besen, Scheuert, etc. Alex. Leichnam, Ammonstr. 41. Theresia Dreher, Schillerstr. 40 b.

Butter, Eier, Käse

Butter, Eier, Käse. Oscar Biella. Or. Brödergasse 11. (Laden) Bismarckstr. 11. (Laden) Bismarckstr. 11.

Cacao, Schokolade, Tee

Cacao, Schokolade, Tee. Oscar Biella. Or. Brödergasse 11. (Laden) Bismarckstr. 11. (Laden) Bismarckstr. 11.

Petrol u. A. G.

Petrol u. A. G. Oscar Biella. Or. Brödergasse 11. (Laden) Bismarckstr. 11. (Laden) Bismarckstr. 11.

Unterstehende Geschäfte

empfehlen sich bei Einkäufen.

Gerling & Rockstroh

empfehlen sich bei Einkäufen. Gerling & Rockstroh. Die erste Dresdener Central-Bekleidungs-Halle.

Papierhdie., Schreibw.

Papierhdie., Schreibw. Seifert. Losenstr. 11. Seifert, Losenstr. 11.

Putz- u. Modewaren

Putz- u. Modewaren. Seifert, Losenstr. 11. Seifert, Losenstr. 11.

Photographie

Photographie. Seifert, Losenstr. 11. Seifert, Losenstr. 11.

Restaurants

Restaurants. Seifert, Losenstr. 11. Seifert, Losenstr. 11.

Schlem., Stöcke, Tabak

Schlem., Stöcke, Tabak. Seifert, Losenstr. 11. Seifert, Losenstr. 11.

Schuhw., Schuhmach.

Schuhw., Schuhmach. Seifert, Losenstr. 11. Seifert, Losenstr. 11.

Schuhwaren Siewert

Schuhwaren Siewert. Seifert, Losenstr. 11. Seifert, Losenstr. 11.

Schuhwaren Siewert

Schuhwaren Siewert. Seifert, Losenstr. 11. Seifert, Losenstr. 11.

Langenbrück

Langenbrück. A. Müller, Fahrstr., Nähmasch. A. W. Sahl, Bierhandlung.

Leipzig-Neu-Ostra

Leipzig-Neu-Ostra. Paul Hofmann, Bäckereimaster. Rudolf Künzler, Bäckereimaster.

Leipzig-Neu-Ostra

Leipzig-Neu-Ostra. Paul Hofmann, Bäckereimaster. Rudolf Künzler, Bäckereimaster.

Leipzig-Neu-Ostra

Leipzig-Neu-Ostra. Paul Hofmann, Bäckereimaster. Rudolf Künzler, Bäckereimaster.

Leipzig-Neu-Ostra

Leipzig-Neu-Ostra. Paul Hofmann, Bäckereimaster. Rudolf Künzler, Bäckereimaster.

Leipzig-Neu-Ostra

Leipzig-Neu-Ostra. Paul Hofmann, Bäckereimaster. Rudolf Künzler, Bäckereimaster.

Leipzig-Neu-Ostra

Leipzig-Neu-Ostra. Paul Hofmann, Bäckereimaster. Rudolf Künzler, Bäckereimaster.

Leipzig-Neu-Ostra

Leipzig-Neu-Ostra. Paul Hofmann, Bäckereimaster. Rudolf Künzler, Bäckereimaster.

Leipzig-Neu-Ostra

Leipzig-Neu-Ostra. Paul Hofmann, Bäckereimaster. Rudolf Künzler, Bäckereimaster.

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Der Kapitän...
Die Besatzung...
Die Schiffe...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Velle der Eroberer

Roman von Martin Andersen Mesje

Velle wurde gegen den Windgang auf der Werft. Es war ein neuer Versuch gekommen, aber alles Schwerkriegsmittel war nicht vor der Hand. Er mußte zu den ungeschulten Runden und versuchen, sie zu führen zu lassen. Er rief seine Glieder, keine aber nicht Lebendigen. „Auf gleich einmal nach dem Hafen hinüber“, pfiffte der Meister zu sagen, „versteht ist da Arbeit zu haben!“ Aber der Meister interessierte sich mehr für die Kräfte, die er dem Boot mitbrachte.

Velle lief auch ohne Aufforderung zu. Nach dem Hafen mußte jeder in der Stadt, ja fast in der Provinz; er war das Herz, durch ihn kam und ging alles; das Geld und die Ehrenlose und ihre Verleumdung. Jeder war zur See geboren und hatte da draußen seine ersten Erfahrungen und seine hässlichen Kämpfe liegen. Den Velle hinstand nahmen die Träume, das Meer lag dahinter und lag die Gedanken an sich, für die Jungen, die hinstanden, um sie zu tun, und für die Alten, die in ihren Erinnerungen lebten. Es war der Wang in allen Gemütern und der Geist in allerinneren oder Gemütern; der Ueberflut des Lebens schmeißte da hinaus, als das Unerklärliche und Unbegreifliche. Das Blut von Tausenden hatte das Meer getrunken, ohne seine Farbe zu ändern, das Meer des Lebens bräute in seinen Wellen.

Was dem Velle der Tiefe hier das Schicksal auf und schmeißte seinen Mann mit der Zeit; er konnte ihn an Land setzen wie Wasser, das er nicht mehr an See ging, nachdem sie ihn gewohnt hatte, oder im Schlaf umhauen und gerade über die Schiffswand hinauszufliegen wie Wasser in den Felsen. Da unten, wo die Grotten sind, schickten, saßen die Schiffe hinab, um ihnen zu helfen, was sie bedachten; die Unerklärlichen Kinder des Meeres fliegen von Zeit zu Zeit an das Ufer heran, um ihre Kinder zu spielen, die am Sonntag geborenen waren und ihnen Glück oder Tod zu bringen.

Über das Meer hinstand kam der Kapitän dreimal die Woche und brachte Nachrichten aus Kopenhagen, und da kamen die Schiffe, die ganz weiß waren und andere, die ein schwarzes Red hatten aber die Zeichen an Bord führten, und große Fahnen, die nach den warmen Ländern führten und die große Regier unter der Beflagung hatten.

Trotz unten hinstand die Alten, die die See bedachten hatten, und hinstand den langen Tag hinaus über den Himmelspfad ihrer Manneskunde, die der Tod sie hatte. Das

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Die Schiffe...
Der Kapitän...
Die Besatzung...

Umschau

Fünftier deutscher Volkshochschule

Am 20. April 1905...
Die Volkshochschule...
Die Kurse...
Die Lehrer...
Die Schüler...

Spezial

Spezial...
Die Kurse...
Die Lehrer...
Die Schüler...